



Der VII. Weltkongress der KI

**Eine Verteidigung gegen rechte und linke Verfälschungen.
mit einem Vorwort von Patrik Köbele**

Das Titelbild zeigt das vom VII. Weltkongress 1935 gewählte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen (EKKI): Georgi Dimitroff, Palmiro Togliatti, Wilhelm Florin, Wang Ming (sitzend von links), Otto Kuusinen, Klement Gottwald, Wilhelm Pieck und Dimitri Manuilski (stehend von links).

Der VII. Weltkongress der KI

Eine Verteidigung gegen rechte und linke Verfälschungen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie	6
Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1946	15
Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen – ein Schwenk nach rechts?	17
Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen – ein Schwenk nach rechts? (2. Teil)	27
VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale: Einsichten – Aussichten	35

Vorwort

von Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Als ich die Artikel von Spanidis zum VII. Weltkongress der Komintern und seine Erwiderung auf die Kritik von Richard Corell las, musste ich an Franz-Josef Degenhardt, meinen leider verstorbenen Genossen, den großen Liedermacher denken. Der hatte 1968, bei den Essener Songtagen, noch gesungen „Zwischentöne sind bloß Krampf – im Klassenkampf“. Später sagte er dazu dann: „Ich zum Beispiel sang damals ‚Zwischentöne sind nur Krampf im Klassenkampf‘ – und das war natürlich Krampf!“.

Warum ging mir das durch den Kopf? Betrachtet man die Entwicklung unserer Weltanschauung, so gibt es mehrere große Einschnitte. Der erste ist die gewaltige Leistung von Marx und Engels, die die „drei Quellen“ zusammenbrachten und in der wissenschaftlichen Weltanschauung aufhoben, die dialektisch den historischen und dialektischen Materialismus, die politische Ökonomie und den wissenschaftlichen Sozialismus vereint. Sie taten das nicht in einem Elfenbeinturm, sie taten das in der Analyse und dem Studium der Realität.

Ein weiterer ist die geniale Leistung von Lenin, der diese Weltanschauung als Instrument nutzte, um die Weiterentwicklung des Kapitalismus zu seinem imperialistischen Stadium zu analysieren und Schlussfolgerungen unter anderem für die Staats-, Revolutions- und Parteitheorie zu ziehen. Dabei stellte er fest, dass die Entwicklung zum Imperialismus die Arbeiterklasse differenziert, zur Herausbildung von Arbeiterbürokratie und -aristokratie führt – aber eben auch die Kapitalistenklasse, in der sich der Teil des Monopolkapitals herausbildet, der im Imperialismus sogar zum strukturbestimmenden Element wird.

Auch der VII. Weltkongress der Komintern stand vor einer riesigen analytischen Herausforderung. Er musste analysieren, was ist Faschismus, ist die Entwicklung hin zum Faschismus eine zwingende, alternativlose im Imperialismus, welche strategisch/taktischen Konsequenzen sind zu ziehen, und nicht zuletzt, wie ist mit der Frage Krieg/Frieden/Bürgerkrieg umzugehen.

Bekannt ist die dimitroffsche Definition, dass der Faschismus die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ ist. Sie ist durchaus von weitreichender Konsequenz, beinhaltet sie doch, dass es offensichtlich auch so etwas wie Fraktionen im Finanzkapital gibt, das ja selbst wiederum eine entwickelte Form des Monopols, das miteinander verflochtene und verwachsene Kapital von Industrie- und Bankmonopolen darstellt.

Übrigens wurde dies später von Kurt Gossweiler an Hand der fälschlicherweise als „Röhm-Putsch“ bezeichneten Affäre untersucht, die ein Ausdruck eines Richtungskampfes zwischen mächtigen Kapitalgruppen und gleichzeitig der Versuch war, eine Krise der faschistischen Diktatur gewaltsam zu beenden. Daran wird ebenfalls deutlich, und auch das ist für den VII. Weltkongress und auch seine rückblickende Beurteilung unverzichtbar, wie wichtig die Analyse der Entwicklung des Staates ist.

Natürlich ist auch im Faschismus der Staat ein Organ der herrschenden Klasse. Und natürlich hat er auch im Faschismus die Rolle, als ideeller Gesamtkapitalist die unterschiedlichen Interessen unterschiedlicher Kapitalfraktionen zu vereinheitlichen. Dabei entwickelt er auch im Faschismus eine relative Selbständigkeit.

Aus dieser Analyse zog der 7. Weltkongress Konsequenzen und entwickelte eine zeitgemäße Taktik, die an der Strategie des Suchens nach der Heranführung an die proletarische Revolution und am Ziel des Sozialismus/Kommunismus festhielt.

Und jetzt zurück zu Degenhardt: Marx und Engels differenzierten, z.B. im kommunistischen Manifest, z.B. an den Stellen, an denen sie sich mit der Bündnispolitik der Kommunisten befassten. Lenin erfasste in seiner Imperialismus-Analyse die Differenzierungen, zu denen der Imperialismus selbst führte. Der 7. Weltkongress löste diese Aufgabe angesichts der neuen Situation des Faschismus an der Macht und einer neuen Qualität der Widersprüche. Sie alle erkannten die Zwischentöne, ohne deren Kenntnis sich kommunistische Politik nicht erfolgreich, nur als Dogma, entwickeln lässt.

Kommunistinnen und Kommunisten dürfen ihr grundsätzliches Ziel des Sozialismus/Kommunismus bei der Entwicklung von Strategie und Taktik nicht aus dem Auge verlieren, sonst landen sie beim Opportunismus.

Kommunistinnen und Kommunisten dürfen ihr Festhalten am Sozialismus/Kommunismus nicht verwechseln mit dem Verzicht auf die Suche nach der Heranführung an die proletarische Revolution und eine zeitgemäße Taktik, sonst landen sie im Sektierertum.

Das machten Marx, Engels und Lenin immer wieder deutlich und dafür steht auch der VII. Weltkongress. Gleichzeitig gibt es immer wieder Interpretationen des VII. Weltkongress, die genau diese Fehler machen. Mit solchen Interpretationen setzt sich die vorliegende Broschüre auseinander. Das ist notwendig.

Denn auch heute gibt es notwendige Diskussionen und Streit um eine richtige Strategie gegen die laufende reaktionäre Formierung (nicht nur) in unserem Land. Diese benötigen als Grundlage die Erkenntnisse des VII. Weltkongress. Ohne sie ist eine antifaschistische Politik nicht zu entwickeln.

Darum danke ich Richard Corell für seine Arbeiten, die hier zusammengefasst vorliegen. Sie sind wichtig, um „rechte“ und „linke“ Fehlinterpretationen des 7. Weltkongress zu vermeiden und sie beweisen, wie sich der VII. Weltkongress in die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung einordnet, wie groß die Verdienste der Komintern und ihrer Mitgliedsparteien sind.

Unterschiede, die auf dieser Grundlage fruchtbar weiterdiskutiert werden können, gibt es auch. Sie betreffen, die neuere Geschichte und die Bewertung der Entwicklung der Programmatik, der Strategie und Taktik der DKP. Die gemeinsame Sicht auf das Wesen des VII. Weltkongress wird uns eine gute Grundlage dafür sein.

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, Juli 2020

Vorbemerkung:

Die vorliegende Broschüre enthält Artikel, die in der Kommunistischen Arbeiterzeitung (KAZ) in den Ausgaben 360 (September 2017), 367 (Juni 2019), 368 (September 2019) und 371 (April 2020) erschienen sind.

Richard Corell, KAZ-Fraktion Ausrichtung Kommunismus

Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie

In der derzeitigen Debatte um eine antimonopolistische Strategie, deren Bedeutung weit über die DKP hinausgeht, äußerte sich in einem Beitrag „Zu den Meinungsverschiedenheiten in der DKP“ auch der langjährige Spitzenfunktionär Georg Polikeit (s. www.kommunisten.de). Unter der Zwischenüberschrift „Abgehen von einer bewährten Traditionslinie“ schreibt er: *„Das Abgehen vom strategischen Konzept des Parteiprogramms von 2006 im Leitantrag ist nicht nur ein Bruch mit dem geltenden Parteiprogramm, Es ist auch ein Bruch mit einer viel älteren kommunistischen **Traditionslinie**.“*

*Die strategischen Konzepte der DKP-Programme von 1978 und 2006 beruhen im Wesentlichen auf den Orientierungen, die in der internationalen kommunistischen Bewegung mit **dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935** im Kampf gegen den Faschismus erarbeitet worden sind.*

*Der VII. Weltkongress war u.a. auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit **„linken“ Fehlern** der Kommunisten. In seinem Ergebnis wurde eine wichtige **strategische Neuorientierung** im Kampf gegen den Faschismus und auch eine Neubestimmung des Verhältnisses der Kommunisten zur bürgerlichen Demokratie vorgenommen.*

*Die daraus entstandene **„Volksfront“-Orientierung** war auch eine Schlussfolgerung daraus, dass die Kommunisten in Deutschland – abgesehen von der zeitweilig vertretenen falschen und sehr schädlichen **„Sozialfaschismus-These“** – den Kampf gegen den Faschismus in der Weimarer Republik viel zu lange und praktisch bis zum Ende im Januar 1933 mit dem **strategischen Ziel** der Errichtung der **„Sowjetmacht“** oder der **„Arbeitermacht“** in Deutschland verbunden hatten. Die Verteidigung der bürgerlichen Weimarer Demokratie gegen den Angriff des Faschismus war damals nicht als ein eigenständiges strategisches Ziel erkannt worden.*

*Die Volksfront-Orientierung mit ihrem Konzept von **breiten Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte**, das übrigens schon vor dem VII. Weltkongress in Spanien und Frankreich in der Praxis erprobt worden war, hat sich als ein außerordentlich erfolgreiches strategisches Konzept erwiesen. Es führte nicht nur nach 1945 mit den **„volksdemokratischen Revolutionen“** in Ost- und Südosteuropas zu bedeutenden Erfolgen, sondern auch schon vor 1945 im antifaschistischen Befreiungskampf in Ost- wie in Westeuropa.“* (Hervorhebungen Corell)

Im Folgenden kann es nicht unsere Aufgabe sein, die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Programmatik und strategische Orientierung der DKP zu kommentieren und zu analysieren. Es geht aber alle Kommunisten etwas an, wenn über ein für die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus so wichtiges Ereignis wie den 7. Weltkongress der KI (und die darauf aufbauende Brüsseler Konferenz der KPD) falsche oder halb wahre Wertungen verbreitet werden. Es gilt also zunächst darum herauszuarbeiten, was der 7. Weltkongress tatsächlich festgelegt hat. Dann erst kann geprüft werden, ob es sinnvoll ist, sich in diese „Traditionslinie“ zu stellen.



Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale tagte vom 25. Juli bis 21. August 1935 im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses. Nach der Eröffnung des Kongresses durch Wilhelm Pieck (hier im Bild) begrüßt als erster Redner Tchou Ho Sin von der KP China den Kongress. Er überbringt auch die Grüße der chinesischen Roten Armee, die in diesen Tagen kämpfend das Ziel des „Langen Marschs“ erreicht.

Hat der 7. Weltkongress die strategische Orientierung der „Sowjetmacht“ aufgegeben?¹

Hören wir Georgi Dimitroff mit seinem Referat am 2. August 1935: „Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert², unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, ‚Formen des **Übergangs** oder des **Herankommens** an die proletarische Revolution ausfindig zu machen‘. Möglicherweise wird die **Einheitsfrontregierung** in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen. Die ‚linken‘ Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom ‚Ziel‘ gesprochen, ohne sich

¹ Als Textgrundlage wird das Referat von Georgi Dimitroff „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ verwendet (www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm). Ergänzend für Diskussionsbeiträge zum Referat, zu Dimitroffs Schlusswort und zur Resolution wird verwendet: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 2. Aufl. Stuttgart 1976

² vgl. hierzu W.I. Lenin, Linker Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S.79 (1920)

je um die ‚Übergangsformen‘ zu kümmern. Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes **‚demokratisches Zwischenstadium‘** zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive ‚Zwischenstadium‘ nannten sie auch ‚Übergangsform‘ und beriefen sich sogar auf Lenin! Aber es war nicht schwer, diesen Schwindel aufzudecken: sprach doch Lenin von einer Form des Übergangs und des Herankommens an die **‚proletarische Revolution‘**, d.h. an den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, und **nicht** von irgendeiner Übergangsform **zwischen** der Diktatur der Bourgeoisie und der proletarischen Diktatur.“³

Es kann hier eigentlich keine abweichende Lesart geben. Dimitroff erklärt auch an zahlreichen anderen Stellen seines Referats, dass die strategische Orientierung erhalten bleibt, d.h. Ziel in der Epoche des Imperialismus ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats inklusive des ganzen Programms: Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, d.h. Zerschlagung ihres Staatsapparats in der proletarischen Revolution. Er stellt fest, dass die Einheitsfrontregierung eine Form des Herankommens ist – woran? – an die Revolution und in diesem Sinne sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen kann. Und als ob er schon den vollmundigen Revisionismus eines Chruschtschows (auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956) erahnt hätte, warnt Dimitroff vor „demokratischen Zwischenstadien“, die die Illusion eines „friedlichen parlamentarischen Spaziergangs“ zum Sozialismus suggerieren.

Georg Polikeit scheint jedoch aus den Dokumenten des 7. Weltkongresses gelesen zu haben, dass die „Volksfront“-Orientierung das Etappenziel der „Sowjetmacht“ – und das ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats – verdrängt habe.

Es hätte sich gelohnt noch einmal bei Wilhelm Pieck in seiner Rede auf der Brüsseler Konferenz der KPD (zwei Monate nach dem 7. Weltkongress im Oktober 1935) nachzulesen: „*Es erübrigt sich hier auf unserer Konferenz etwa beweisen zu wollen, dass der von uns eingeschlagene Weg, dass unsere Marschroute der proletarischen Revolution zur Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und Schaffung eines Sowjetdeutschlands gegenüber dem von der Sozialdemokratie vertretenen ‚demokratischen Weg‘ der sozialistischen Ausgestaltung der bürgerlichen Demokratie auf friedlichem Wege, der einzig richtige war.*“⁴

Der 7. Weltkongress und die „linken“ Fehler der Kommunisten

Georg Polikeit fährt fort (s.o.): „*Der VII. Weltkongress war u.a. auch eine selbstkritische Auseinandersetzung mit „linken“ Fehlern der Kommunisten.*“

Richtig ist, dass Dimitroff und der 7. Weltkongress sich mit den Fehlern der Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus auseinandergesetzt haben. Dabei wird zwar auch implizit die Sozialfaschismus–These korrigiert (ohne im Übrigen explizit darauf

³ a.a.O. S. 86

⁴ Die Brüsseler Konferenz der KPD, Berlin-Hauptstadt der DDR, 1975, S. 72 f.

einzuweisen), aber für Deutschland stellt Dimitroff zwei Fehler **besonders** heraus: 1. Die Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die auch darin zum Ausdruck kommt, dass „*die Brüning-Regierung bereits als Regierung der faschistischen Diktatur*“⁵ bezeichnet wurde. 2. Die Unterschätzung der Auswirkungen des „*gekränkten Nationalgefühls und die Empörung der Massen über den Versailler Friedensvertrag*“ und die damit verbundene Verspätung mit dem „*Programm zur sozialen und nationalen Befreiung*“⁶. Aber in den Vordergrund stellt Dimitroff nicht die Fehler der Kommunisten, sondern „*die historische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Niederlage der Arbeiterklasse.*“⁷ Er stellt heraus: „*So bereitete die Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg zur Macht, sowohl in Deutschland als auch in Österreich, als auch in Spanien, desorganisierte und spaltete die Reihen der Arbeiterklasse.*“⁸ Und er benennt als Gründe: „*Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse dank der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten war, politisch und organisatorisch gegenüber der angreifenden Bourgeoisie entwaffnet war.*“ Diese entscheidende Kampfaufgabe gegenüber der Sozialdemokratie, die auch zur „Volksfront-Orientierung“ unserer Traditionslinie gehört, benennt Georg Polikeit nicht. Und damit wird das Tor ganz weit aufgemacht für die Unterordnung unter die Sozialdemokratie und damit für die „Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie“. Das bedeutet auf Heute bezogen: Tore auf für „Transformations“-Strategen und „2rg“⁹-Praktikanten.

Worin bestand die Neuorientierung durch den 7. Weltkongress?

„*In seinem Ergebnis wurde eine wichtige strategische Neuorientierung im Kampf gegen den Faschismus und auch eine Neubestimmung des Verhältnisses der Kommunisten zur bürgerlichen Demokratie vorgenommen*“, schreibt Georg Polikeit.

Demgegenüber erklärt Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Konferenz: „*Genossen! Der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale hat sehr bedeutungsvolle Beschlüsse über eine neue taktische Orientierung und über die Anwendung der Einheitsfront auf neue Art gefasst, die es den kommunistischen Sektionen ermöglichen sollen, die Einheitsfront der Arbeiterklasse und die antifaschistische Volksfront, die Aktionseinheit der gesamten werktätigen Massen im Kampfe gegen Kapitaloffensive, Faschismus und imperialistische Kriegsgefahr, herzustellen.*“¹⁰

Einer der Väter unserer „Traditionslinie“ spricht also klar und bewusst von neuer taktischer Orientierung, nicht von strategischer Neuorientierung, wie es Georg Polikeit darstellt. Das ist keine Wortklauberei und Scholastik, sondern hat genau den Grund, dass die damals maßgeblichen Genossen noch gut zu unterscheiden wussten zwischen Strategie und Taktik. Die Strategie zeigt auf die Diktatur des Proletariats, die Taktik (und

5 a.a.O. S. 22 von der linkssektiererischen Gruppe in der Führung der KPD um Heinz Neumann (u.a. Chefredakteur der „Roten Fahne) und Hermann Remmele

6 a.a.O. S. 23 – Gerade diese Kampfaufgabe wird auch heute wieder sträflich vernachlässigt, um der nationalen und sozialen Demagogie der Faschisten entgegenzutreten ist

7 a.a.O. S. 23 f.

8 a.a.O. S. 21

9 Dies ist das Kürzel für die Phantasien von „rot-rot-grünen“ Koalitionsregierungen

10 Die Brüsseler Konferenz der KPD, a.a.O. S. 61 (Hervorhebung Corell)

das hat nichts zu tun mit „Taktieren“), aber muss berücksichtigen, dass um dieses Ziel zu erreichen auch Rückschläge, Rückzüge und Sammlung der Kräfte unvermeidlich sind.

Die Taktik musste berücksichtigen, dass mit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland nicht nur sozialdemokratische Arbeiter in die KZ und Gefängnisse wanderten, sondern auch sozialdemokratische Minister, Abgeordnete, Funktionäre, dass die Arbeiteraristokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie durch die reaktionären Teile des Kleinbürgertums abgelöst wurde. Die Taktik muss berücksichtigen, dass das Niederschlagen des Faschismus nicht unmittelbar zur Errichtung der proletarischen Herrschaft führen kann; sie muss berücksichtigen, dass im Kampf gegen den drohenden Faschismus die bürgerliche Demokratie verteidigt werden muss – nicht um ihrer selbst willen als Diktatur der Bourgeoisie, sondern als bester Kampfboden für die Entfaltung des Kampfs der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung, gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln, gegen die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, um den Sturz der Bourgeoisie. Lenin hatte es schon auf den Punkt gebracht: *„Die Marxisten aber wissen, dass die Demokratie die Klassenunterdrückung **nicht** beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. ... Je demokratischer die Staatsordnung, umso klarer ist es den Arbeitern, dass die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit.“*¹¹ Unser Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie muss gespalten sein. Wer die Diktatur der Bourgeoisie beseitigen will, muss klar stellen, dass die bürgerliche Demokratie den Arbeitern nur Scheinfreiheiten und Scheinrechte gibt, dass sie die beste Schutzhülle für die Ausbeutung ist. Wenn aber die Bourgeoisie dazu übergeht, den schönen Schein ihrer Herrschaft selbst aufzulösen, die eigene Plattform, auf der sie sich entwickelt hat, liquidiert, dann müssen wir selbst die einfachsten Bestandteile der bürgerlichen Demokratie verteidigen, die Rechte und Freiheiten sogar im Grundgesetz, das selbst schon eine Karikatur auf eine bürgerliche Verfassung ist; ja selbst die Gewaltenteilung gegen die offene Gleichschaltung, sogar ein Parlament retten vor der eigenen Selbstabschaffung.

Von diesem zwiespältigen Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie will aber Georg Polikeit nicht sprechen – auch würde das ja die 2rg-Bestrebungen nur behindern.

Was setzt eine richtige Volksfront-Orientierung voraus?

Georg Polikeit: *„Die Volksfront-Orientierung mit ihrem Konzept von breiten Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte, das übrigens schon vor dem VII. Weltkongress in Spanien¹² und Frankreich in der Praxis erprobt worden war, hat sich als ein außerordentlich erfolgreiches strategisches Konzept erwiesen.“*

Dass es sich um kein strategisches, sondern ein neues taktisches Konzept handelte, wurde schon erläutert. Und zu den „breiten-antifaschistischen Bündnissen aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte“ gibt Dimitroff zu denken: *„Man darf nicht aus dem Auge lassen, dass die Einheitsfronttaktik die Methode der anschaulichen Überzeu-*

¹¹ W.I. Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‘imperialistischen Ökonomismus’, LW 23, S. 68

¹² Die Frente Popular in Spanien wurde erst nach dem 7. Weltkongress zu Anfang des Jahres 1936 gebildet.

gung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen und von der Unrichtigkeit der reformistischen Politik und nicht eine **Versöhnung mit der sozialdemokratischen Ideologie und Praxis ist**. Der erfolgreiche Kampf für die Herstellung der Einheitsfront erfordert unbedingt einen ständigen Kampf in unseren Reihen gegen die Tendenz der **Herabsetzung der Rolle der Partei**, gegen die **legalistischen Illusionen**, gegen die Einstellung auf **Spontaneität und Automatismus**, sowohl in Bezug auf die Liquidierung des Faschismus als auch bei der Durchführung der Einheitsfront, gegen die **geringsten Schwankungen im Augenblick des entscheidenden Handelns**.“

Das ist doch etwas anderes als die vielen breiten Bündnisse, die wir erlebt haben, in denen die Kommunisten bis zur Unkenntlichkeit verschwunden sind als organisatorische Dienstleister und Resonanzboden falscher Parolen statt als Stachel gegen reformistische und Friedensillusionen. Man kann ja in Bündnissen, die Kompromisse erfordern, für den Frieden eintreten, ohne gleich die Friedensfähigkeit des Imperialismus unterschreiben zu müssen. Man kann ja für Reformen sein, ohne gleich die prinzipielle Reformierbarkeit des Kapitalismus zu vertreten. Bündnisse – wie breit auch immer – dürfen uns aber nie die Hände (und die Kräfte) binden, um die kommunistischen Standpunkte zu vertreten, zu erläutern und in die Bündnisse hineinzutragen; nie unsere Freiheit der Agitation und Propaganda beeinträchtigen.



„Volksfront-Orientierung“ heißt nicht, sich mit Transformationsgeschmuse von der Sozialdemokratie ins Bett der Bourgeoisie führen zu lassen. Hier das Logo der Plattform, die von Magister Walter Baier betrieben wird. Walter Baier steht für die Liquidierung der KP Österreich. Über selbigen kann man nachlesen, dass er nach einer „Privatoffenbarung“ auch Mitglied der römisch-katholischen Fokolare-Bewegung wurde. Transformation als Kuttenschlupf – au weia!

Was setzt also die Volksfront voraus? Eine starke selbstbewusste Kommunistische Partei, die gerade weil sie Entwicklungen überblicken sollte mit den Bündnispartnern Kompromisse suchen und eingehen kann, um den Feind zu schlagen. Und die Bündniskräfte sind klassenmäßig festgelegt: die Arbeiterklasse findet sie im Kampf gegen Faschismus und Krieg im Kleinbürgertum und der Arbeiteraristokratie. Kräfte, die sie z.T. gegen sich haben wird, wenn die Arbeiter wieder zum Sturm auf die Zwingburgen des Kapitals ansetzen werden.

Was setzt also die Volksfront voraus: Klare Kampfstellung gegen die Feinde und falschen Freunde oder wie es Dimitroff zum Ausdruck bringt: „Die Kommunistische Internationale **stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme**

einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, dass die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet.

Diese Frontstellung und dieser Auftrag scheint in den „breiten antifaschistisch-demokratischen Bündnissen“ gar nicht mehr auf. Die dienen dann oft nur noch zur Empörungskultur, zum Dampfablassen, zur Selbstberuhigung und zum Selbstbetrug. Und es steigt der modrige Duft auf von: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts!

Wo die Orientierung des 7. Weltkongresses (neben den zurecht erwähnten volksdemokratischen Umwälzungen nicht zuletzt auch in der DDR) besonders aufgegriffen und umgesetzt wurde, erwähnt Polikeit nicht: in China, in Vietnam, in Kuba und in anderen Kolonien oder vom Imperialismus abhängigen Halbkolonien.¹³ Die Kämpfe dieser Völker waren deshalb erfolgreich, weil sie zielklare Parteien hatten. Allerdings waren deren „breite antifaschistisch-demokratische Bündnisse“ auch bewaffnete Kräfte, die mehrere revolutionäre Klassen repräsentierten (revolutionär bezogen auf die jeweilige Etappe im Kampf um Befreiung vom imperialistischen Joch und um Unabhängigkeit), darunter zeitweise solche Antikommunisten und Schlächter wie Tschiang Kai Schek (1937) oder Kollaborateure wie Bao Dai (vietnamesischer Kaiser, 1945 „Oberster Berater“ der Viet Minh-Regierung).

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Traditionslinie des 7. Weltkongresses von Georg Polikeit doch arg verbogen und zurechtgemacht wurde, um den guten Namen dieses Kongresses und des großartigen Dimitroff einzuspannen für die Rechtfertigung des Wegs nach Rechts in den Transform-Sumpf. Die Argumentation ist dabei geradezu (negativ) beispielhaft, wie mit wenigen Schlagworten eine Linie gezimmert werden kann, die haarscharf an der Lüge vorbeigeht, aber umso sicherer in die Irre führt.

Was können wir vom 7. Weltkongress heute nutzen?

In der Auseinandersetzung um eine antimonopolistische Strategie spielen die Erkenntnisse des 7. Weltkongresses eine zentrale Rolle. Wir leben immer noch in der gleichen Epoche, die Lenin als Epoche der Kriege und Revolutionen charakterisiert hat und die, wie wir wissen, auch eine Periode der Konterrevolutionen und des Faschismus ist. Die Bourgeoisie als Trägerin des Fortschritts, als Führerin der Volksbewegungen hat ausgedient. Mit dem Monopolkapitalismus, dem Imperialismus, bestimmt Reaktion auf der ganzen Linie die Herrschaft der Bourgeoisie. Die Produktivkraftentwicklung führt zur internationalen Vergesellschaftung der Produktion; die Produktionsverhältnisse aber sind durch private Aneignung bestimmt, das Eigentum an den Produktionsmitteln liegt in den Händen einer verschwindenden Minderheit von Finanzoligarchen in ein paar wenigen Ländern der Erde. In diesem Widerspruch liegt das ganze Elend begraben. Der Ausweg kann nur darin bestehen, dass die gesellschaftlichen Produzenten, dass die Arbeiter als Klasse wieder die Produktionsmittel in die Hand nehmen. Das können sie nur, wenn sie der Finanzoligarchie die politische Macht entreißen und die

¹³ vgl. hierzu den Abschnitt „Die antiimperialistische Einheitsfront“ in Georgi Dimitroff, „Arbeiterklasse gegen Faschismus“, a.a.O., S. 77 ff.

Herrschaft der Arbeiterklasse errichten, die willens und in der Lage ist, den unvermeidlichen Widerstand der Bourgeoisie gegen ihre Entmachtung und Enteignung im Weltmaßstab niederzuhalten. Deswegen gehen auch Dimitroff und der 7. Weltkongress selbstverständlich davon aus, dass die Strategie darauf gerichtet ist, die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen und durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen (mit dem Ziel des Sozialismus als dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft).

Richtig ist, die Monopolbourgeoisie und die Finanzoligarchie als den krassesten Ausdruck des Klassenwiderspruchs in den Vordergrund zu stellen, deswegen ist auch der Ausdruck antimonopolistische Strategie gerechtfertigt. Falsch wird es, wenn damit vermittelt werden soll, dass die nichtmonopolistische Bourgeoisie auf unsere Seite gezogen werden könnte. Die

nichtmonopolistische Bourgeoisie ist in einem imperialistischen Land wie Deutschland mit tausend Fäden mit dem Monopolkapital verflochten, zieht bei jeder Offensive des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse mit und drängt üblicherweise auf noch härtere Gangart, da sie weniger Puffer hat als die Monopolbourgeoisie. Im Gegensatz zur Bourgeoisie in den halbkolonialen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und vom Imperialismus abhängigen Ländern (wie Griechenland, Portugal, Irland und die reimperialisierten Länder Osteuropas). Dort kann eine nationale Bourgeoisie gegen den Ausverkauf des Landes durch die einheimische Kompradoren-Bourgeoisie und zum Schutz ihres Profits vor der übermächtigen Monopol Konkurrenz aus den imperialistischen Ländern unter der Führung des Proletariats noch antiimperialistisch-revolutionär agieren. Diese Möglichkeit besteht in imperialistischen Ländern nur in Kriegs- und Besatzungszeiten wie etwa in Frankreich unter der Nazi-Besatzung. Oder in der Sowjetischen Besatzungszone zur Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung als noch Teile der Bourgeoisie und der Großbauern zum Aufbau herangezogen wurden.¹⁴ Daraus eine Strategie für heute zu konstruieren, würde unterstellen, dass das heutige Größer-Deutschland keine imperialistische Großmacht, sondern ein Vasallenstaat sei und es in Deutschland noch Aufgaben der nationalen Befreiung gäbe. Die Festlegung auf eine solche Strategie würde bedeuten, das Handeln der Arbeiterklasse so auszurichten, dass auch solche Kräfte der Bourgeoisie noch in den Kampf einbezogen wer-

¹⁴ Die Schlussfolgerungen, die die neugegründete SED damals selbst aus dieser Situation noch mit dem Blick auf das ganze Deutschland zog, dokumentieren wir im Kasten „Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1946“.



„Unsere Oligarchen“

Spitzen des deutschen Finanzkapitals

Herausgeber: Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung, Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“
V.i.S.d.P.: E. Wehling-Pangert, Reichsstraße 8, 90408 Nürnberg, Eigendruck im Selbstverlag

Diese Broschüre (36 S.) kann gegen Spende unter der Redaktionsadresse bezogen werden

den können, und alles getan werden muss, damit sie nicht verprellt werden. Das wird gerade von Teilen der PDL-Führung versucht unter den Stichworten Einbruch in den Mittelstand, Zugehen auf die Mitte. Dabei werden unter der Hand und zügig Arbeiterinteressen verkauft und antimilitaristische und antiimperialistische Standpunkte über Bord geworfen.

Wenn aber die Strategie entsprechend den Interessen der Arbeiterklasse festgelegt ist, und die Kommunisten wieder wissen, wohin sie gehen müssen und mit wem, dann gilt:

„Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege zwischen Staaten, und dabei im voraus auf das Lavieren, auf die Ausnutzung von (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätzen zwischen den Feinden, auf Überkommen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten – ist das nicht über alle Maßen lächerlich? Ist das nicht dasselbe, als wollte man bei einem schwierigen Aufstieg auf einen noch unerforschten und bisher unzugänglichen Berg von vornherein darauf verzichten, manchmal im Zickzack zu gehen, manchmal umzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen?“¹⁵

Bei aller Flexibilität im revolutionären Handeln und in der Taktik weist der 7. Weltkongress darauf hin, dass die Einheitsfrontregierung als eine wichtige Form des Herankommens an die Revolution eine **politische Krise** voraussetzt, außerhalb solcher Zeiten wird daraus schnell eine rot angemalte bürgerliche Koalitionsregierung, die den Kapitalismus zu stabilisieren sucht.

Der 7. Weltkongress warnt auch davor, aus der Einheitsfrontregierung ein „demokratisches Zwischenstadium“ machen zu wollen, wie es das frühere Konstrukt einer „antimonopolistischen Demokratie“ unterstellte. Die Bourgeoisie wird im nationalen wie internationalen Maßstab versuchen, das Kräfteverhältnis auch gewaltsam wieder zu ihren Gunsten zu verändern und rasch die Machtfrage zu stellen, um zu verhindern, dass eine imperialistische Großmacht wie Deutschland die Farbe wechselt. Die Arbeiterklasse auf länger anhaltende Doppelherrschaft einzustellen statt auf die Vorbereitung des Aufstandes, heißt einzuschläfern und die Chancen verspielen.

Fragen der Einheits- und Volksfronttaktik müssen hier nicht ausführlich erörtert werden. Hier sind in erster Linie die klaren Hinweise aus der Schatzkammer des 7. Weltkongresses relevant. Einheitsfront und Volksfront bleiben Sandkastenspiele ohne eine starke Kommunistische Partei. Sie wieder zu schaffen ist deshalb die vordringlichste Aufgabe. Sie wird erstarken im Kampf gegen die Gefahr von Faschismus und Krieg und im Kampf gegen die verheerende Rolle des Sozialdemokratismus zur Lähmung der Gewerkschaften, der Kampfenenergie der Arbeiterklasse und zu ihrer Spaltung.¹⁶

R. Corell

¹⁵ W.I.Lenin, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 68

¹⁶ s. unseren Artikel in KAZ 357: Die Gefahr des Faschismus und seine Wegbereiter



Einheitsfront und Einheitspartei bedeutet gemeinsamen Kampf der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung gegen Zusammenarbeit mit dem Monopolkapital, gegen Zurückweichen vor den Kapitalisten, gegen Sozialdemokratismus!

Wir dokumentieren das Folgende, um zu zeigen, wie die SED selbst in der Etappe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung das Ziel und den Weg dorthin nicht aus dem Auge verlor.

Aus dem Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1946

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für

immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verlässt.

Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen – ein Schwenk nach rechts?

Da fährt einer schwere Geschütze auf gegen den 7. Weltkongress, seine Ergebnisse und die Folgen für die kommunistische Weltbewegung: Schwenk nach rechts, Öffnung für alle opportunistischen Entwicklungen – von der Sowjetunion, über Frankreich, Italien bis hin zum Eurorevisionismus und der großen Niederlage des Sozialismus 1989 ff.

Es handelt sich um T. Spanidis' Beitrag „Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen. – Für eine kritische Neubewertung der antifaschistischen Politik der Komintern“.¹⁷ Er steht für eine Linie, die aus der Auseinandersetzung mit dem 7. Weltkongress unseres Erachtens linkssektiererische Schlüsse ziehen will. Spanidis, der sich auch in der Debatte in der DKP zu einer antimonopolistischen Strategie positioniert hatte, ist dabei Stichwortgeber für Kräfte, die 2018 aus der DKP ausgetreten sind und sich dann in einer neuen „Kommunistischen Organisation“ (KO) zusammengeschlossen haben.

(Vermutliche) Übereinstimmungen

Zunächst aber wollen wir festhalten, wo wir mit Spanidis einig sind: Der 7. Weltkongress ist fälschlicherweise und z.T. grob fälschend genutzt worden und wird genutzt, um rechtsoportunistische Positionen zu rechtfertigen.



Alleine kann die Avantgarde nicht siegen – schon gar nicht mit sektiererischen Mühlsteinen am Hals.

In unserem Beitrag „Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie“ (KAZ 360 vom Sept. 2017 – s.o.) hatten wir uns mit der Sicht von Georg Polikeit auf den 7. Weltkongress auseinandergesetzt. Polikeit, damals als Unterstützer der „Marxistischen Linken“ in der DKP, wollte als Ausrichtung durch den Kongress verstanden wissen: eine neue strategische Orientierung (unter Preisgabe des Ziels der Diktatur des Proletariats) auf eine Übergangsform zwischen Kapitalismus und Sozialismus, genannt „antimonopolistische Demokratie“. Einheits- und Volksfront dienten ihm lediglich als Orientierung auf „breite Bündnisse aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte“.

¹⁷ kommunistische.org/wp-content/uploads/2018/07/Spanidis-Der-VII-Weltkongress.pdf. Im Folgenden zitieren wir aus Dimitroffs Rede auf dem 7. Weltkongress. Sie sollte ganz studiert werden, deshalb unterbleibt die Angabe von Seitenzahlen. Der Text ist verfügbar unter: www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm

Zusammenfassend hatten wir festgestellt, „*dass die Traditionslinie des 7. Weltkongresses von Georg Polikeit doch arg verbogen und zurechtgemacht wurde, um den guten Namen dieses Kongresses und des großartigen Dimitroff einzuspannen für die Rechtfertigung des Wegs nach rechts in den Transform-Sumpf. Die Argumentation ist dabei geradezu (negativ) beispielhaft, wie mit wenigen Schlagworten eine Linie gezimmert werden kann, die haarscharf an der Lüge vorbeigeht, aber umso sicherer in die Irre führt.*“¹⁸

Vermutlich sind wir mit Spanidis auch über unsere folgenden Aussagen einig: „*Der Ausweg kann nur darin bestehen, dass die gesellschaftlichen Produzenten, dass die Arbeiter als Klasse wieder die Produktionsmittel in die Hand nehmen. Das können sie nur, wenn sie der Finanzoligarchie die politische Macht entreißen und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichten, die willens und in der Lage ist, den unvermeidlichen Widerstand der Bourgeoisie gegen ihre Entmachtung und Enteignung im Weltmaßstab niederzuhalten. Deswegen gehen auch Dimitroff und der 7. Weltkongress selbstverständlich davon aus, dass die Strategie darauf gerichtet ist, die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen und durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen (mit dem Ziel des Sozialismus als dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft).*“¹⁹

Vielleicht auch darüber: „*Bei aller Flexibilität im revolutionären Handeln und in der Taktik weist der 7. Weltkongress darauf hin, dass die Einheitsfrontregierung als eine wichtige Form des Herankommens an die Revolution eine **politische Krise** voraussetzt, außerhalb solcher Zeiten wird daraus schnell eine rot angemalte bürgerliche Koalitionsregierung, die den Kapitalismus zu stabilisieren sucht.*

Der 7. Weltkongress warnt auch davor, aus der Einheitsfrontregierung ein ‚demokratisches Zwischenstadium‘ machen zu wollen, wie es das frühere Konstrukt einer ‚antimonopolistischen Demokratie‘ unterstellte. Die Bourgeoisie wird im nationalen wie internationalen Maßstab versuchen, das Kräfteverhältnis auch gewaltsam wieder zu ihren Gunsten zu verändern und rasch die Machtfrage zu stellen, um zu verhindern, dass eine imperialistische Großmacht wie Deutschland die Farbe wechselt. Die Arbeiterklasse auf länger anhaltende Doppelherrschaft einzustellen statt auf die Vorbereitung des Aufstandes, heißt einzuschläfern und die Chancen verspielen.“²⁰

Gravierende Differenzen

Soweit zu (vermutlich) übereinstimmenden Positionen. Nun zu den gravierenden Differenzen.

Spanidis will den 7. Weltkongress und seine Ergebnisse als einen „Schwenk nach rechts“ verstanden wissen. Ist es wirklich der Mühe wert, darüber zu streiten? Ist das nicht müde historische Debatte? Quälender Auslegungstreit über alte Schriften? Dann wäre es schnell abgetan.

¹⁸ Richard Corell, Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie, KAZ 360

¹⁹ a.a.O.

²⁰ a.a.O.

Es geht aber um einige zentrale Fragen kommunistischer Politik und um z.T. sehr aktuelle Probleme: Wie kommt die Arbeiterklasse an die Revolution heran? Sind auf dem Weg zur Revolution „Übergänge“, Übergangsetappen, Übergangsstadien zu berücksichtigen? Welche Bedeutung haben dabei die Tageskämpfe um Arbeit und Lohn, gegen Faschismus und Krieg, die Kämpfe um Reformen? Mit wem kann und muss sich die Arbeiterklasse verbünden, mit wem die Kommunisten?

Richtigerweise bietet sich der 7. Weltkongress an, um sich Rat, Anregung und Orientierung zu holen. Mehr können historische Aussagen ohnehin nicht leisten für die aktuelle politische Praxis. Spanidis versucht darüber hinaus noch nachzuweisen, dass der 7. WK schon damals falsche Weichen gestellt habe, was dem Rechtsopportunismus Vorschub geleistet und zum Niedergang der kommunistischen Weltbewegung beigetragen habe.

Der 7. Weltkongress: Wegweisend in komplizierter Lage

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir halten den 7. Weltkongress und seine Festlegungen zum Kampf gegen Faschismus für die wegweisende Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die im Jahr 1935 **neue** Situation: Der Faschismus hatte 1933 in Deutschland gesiegt, im Land einer imperialistischen Großmacht, in der die größte kommunistische Partei (6 Millionen Wähler, 300000 Mitglieder) außerhalb der Sowjetunion kämpfte. Die KPD musste nun in der Illegalität unter brutalen Bedingungen nicht nur um den eigenen Erhalt, ums Überleben als Partei und jedes einzelnen Parteigenossen kämpfen, sondern den Widerstand organisieren, und dabei die in weite Ferne gerückten Ziele der Partei nicht aufgeben, den Sozialismus, den Kommunismus. Ein Jahr später im Februar 1934 war dagegen in Frankreich der faschistische Angriff und Putschversuch zurückgeschlagen und dieser Sieg verteidigt worden durch das Bündnis von Kommunistischer und Sozialistischer Partei und durch die Einbeziehung kleinbürgerlicher Kräfte, eben durch die Herstellung von Einheits- und Volksfront. Die kleine KP, die noch bei den Wahlen von 1932 gerade 785.000 Stimmen (sogar rd. 300.000 weniger als 1928) und 12 Parlamentssitze (im Gegensatz dazu die Sozialisten von der SFIO²¹ 130 und die Radikalsozialisten 160 Sitze) erhalten hatte, wurde zum Sprachrohr der Klasse und zum Motor des Widerstands. Am 27. Juli 1934 wurde das Einheitsfrontabkommen mit den Sozialisten geschlossen als Ausdruck der Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse, am 14. Juli 1935 das Volksfrontabkommen mit den Radikalsozialisten als Ausdruck der antifaschistischen Zusammenarbeit von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und anderen Teilen des Kleinbürgertums. Wenige Tage darauf, am 25. Juli, begann der 7. Weltkongress; Dimitroff hielt sein berühmt gewordenes Referat am 2. August 1935. Nur am Rande sei erwähnt, dass in China die Rote Armee noch auf dem seit Oktober 1934 anhaltenden Langen Marsch kämpfte.²² All diese Ereignisse von existenzieller Bedeutung mussten in der Analyse berücksichtigt werden, um wenigstens vorläufige Schlussfolgerungen zu treffen. Das Ganze noch unter dem Feuer der Kritik solcher keineswegs unbedarfter Gegner wie Trotzki, Otto Bauer, Thalheimer oder aus den eigenen

²¹ Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO) auf deutsch Französische Sektion der Arbeiter-Internationale hieß von 1905 bis 1969 die Vorläuferin der heutigen Parti Socialiste (PS).

²² Nach der Eröffnung des Kongresses durch Wilhelm Pieck begrüßt als erster Redner Tchou Ho Sin von der KP China den Kongress, der unter großem Beifall vom bevorstehenden Ende des „Langen Marschs“

KPD-Reihen Leute wie Neumann und Remmele, und schließlich Schubert und Schulte im Politbüro der KPD.²³ Damit standen die Fragen: Weshalb konnte in Deutschland der Faschismus siegen? Weshalb konnte er in Frankreich zurückgeschlagen werden?

Dimitroff in Staatstheorie belehren?

Aus dieser Sicht war es richtig und notwendig, zunächst die Funktion und den Klassencharakter des Faschismus hervorzuheben, um den Feind zu bestimmen, mit dem es die Arbeiterklasse zu tun hatte. Dimitroff kennzeichnete den Faschismus an der Macht als „*offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals*“. Das stellt Spanidis in Frage und belehrt Dimitroff: „*Bekanntlich fungiert der bürgerliche Staat in der marxistischen Staatstheorie als ‚ideeller Gesamtkapitalist‘ – das heißt, er vertritt nicht die Interessen einzelner Kapitalisten oder Kapitalfraktionen, sondern strebt immer danach, aus diesen Einzelinteressen das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse zu aggregieren und durchzusetzen, im Zweifelsfall auch gegen die Partikularinteressen einzelner Teile der Klasse.*“ Nur – innerhalb dieses „ideellen Gesamtkapitalisten“ wird spätestens im Imperialismus nicht aufgrund von demokratischen Beratungen entschieden, sondern nach Interessen, nach Stärke und Macht der im Staat Einfluss habenden Kapitalisten. Die bilden selbstverständlich Allianzen, um letztendlich auch anderen **Kapitalisten** ihren Willen als „Gesamtinteresse“ aufzuzwingen. Deswegen ist es eine bedeutende Leistung der KI-Genossen, die an der Vorbereitung des 7. Weltkongress teilgenommen haben, die am Faschismus direkt interessierten und ihn massiv fördernden Fraktionen des Finanzkapitals aufgezeigt zu haben.

Der ideelle Gesamtkapitalist, der im Zuge der Entwicklung zum Monopolkapitalismus/ Imperialismus immer mehr auch zum „wirklichen“ Gesamtkapitalisten wird (einen Hinweis von Engels²⁴, den Spanidis unterschlägt), bekommt eben das den Beteiligten verborgene objektive Gesamtinteresse der Bourgeoisie nicht mehr durch Konkurrenz und parlamentarische Debatten (sozusagen hinter ihrem Rücken) hergestellt, sondern durch direktes Eingreifen, durch Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole usw. Man hat den Eindruck, dass Spanidis die Entwicklung des Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus verpasst hat. Das macht sich natürlich besonders bemerkbar, wenn man sich mit dem deutschen Faschismus befasst, der den „wirklichen Gesamtkapitalisten“ auf die Spitze treibt, um alle Kräfte für den Kriegskurs zu bündeln.

Spanidis weiter: „*Eine erfolgreiche Akkumulation des Kapitals ist Existenzbedingung jedes kapitalistischen Staates.*“ Daraus schließt er: „*Das schließt allerdings aus, dass der Staat ausschließlich die Interessen einer Fraktion der Bourgeoisie im Blick haben kann.*“ Hier meint er, „Dimitroffs staatstheoretischen Fehler“ zu erkennen.

berichtet; ihm folgt die Gen. Dolores Ibarurri, La Pasionaria, die die spanischen Erfahrungen nach der blutigen Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks in Asturien, aber noch vor Bildung der Volksfront in die Analyse einbrachte.

23 Die Leser mögen die relativ ausführliche Darstellung des spannungsgeladenen historischen Umfelds entschuldigen. Hintergrund ist die Kritik von Spanidis, der meint, dem 7. WK vorwerfen zu müssen, keine fertigen „Direktiven“ zu Übergängen und Übergangslosungen produziert zu haben.

24 vgl. Anti-Dühring, MEW Bd. 20, S. 260

Ein Blick in die deutsche Entwicklung zu Faschismus und Krieg hätte ihm leicht Klarheit verschaffen können. Die Kräfte, die Hitler 1933 an die Macht brachten und ihn 1934 gegen Röhm, Strasser und Schleicher dort hielten (wie bei Gossweiler, besonders in „Die Röhm-Affäre“ dokumentiert) haben mit dieser Weichenstellung auf den Krieg den anderen Teilen der Monopolbourgeoisie und der ganzen Bourgeoisie goldene Akkumulationsbedingungen in Aussicht gestellt und das sogar bis 1944 eingehalten – wir wissen wodurch. Und diese Kräfte haben noch nicht vollständig vom Kriegskurs überzeugte oder sogar widerstrebende Kräfte in der Monopolbourgeoisie gezwungen, diesen Kurs mitzugehen – gar nicht demokratisch, nicht einmal innerhalb der Bourgeoisie – z.B. auch durch Drohung mit der Liquidierung, wie mit der Röhm-Affäre demonstriert. Der reelle Gesamtkapitalist funktioniert eben nach dem Gesetz: Ein Kapitalist schlägt viele tot.²⁵

Verharmlosung des Faschismus

Und dann holt Spanidis in einem Nebensatz gegen eine Kernaussage von Dimitroff aus, ohne das deutlich zu machen: „*der Faschismus an der Macht, der schließlich auch nichts anderes ist als eine besonders brutale Variante des bürgerlichen Staates*“! Warum meint Spanidis denn, die wichtigen Aussagen von Dimitroff zum Thema aussparen zu dürfen? Dimitroff: „*Der Machtantritt des Faschismus ist **keine einfache Ersetzung** der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine **Ablösung** der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur.*“ Und in einem eigenen Kapitel seiner Rede führt Dimitroff aus: „**DER FASCHISMUS – EINE GRAUSAME, ABER KEINE FESTE MACHT**“. Und damit sind wir an der Wurzel von Spanidis' Weg in den Sumpf. Die Fehldeutung und Verharmlosung des Faschismus als bloße Variante des bürgerlichen Staates, bloß mehr Repression, mehr Grausamkeit, mehr KZ ... Dass der Faschismus als offene terroristische Diktatur ein qualitativer Sprung in der Diktatur der Bourgeoisie ist gegenüber der bürgerlichen Demokratie, genau das wird damit unterschlagen. Natürlich wird in der bürgerlichen Demokratie die Arbeiterklasse niedergehalten, werden die Kommunisten unterdrückt, werden die Interessen der Ausbeuter letztlich mit Gewalt durchgesetzt. Aber macht es keinen Unterschied, wenn die durch die Sozialdemokratie vertretene Arbeiteraristokratie als soziale Hauptstütze ausgewechselt wird durch das Kleinbürgertum? Wenn frühere sozialdemokratische Würdenträger sich statt auf Ministerposten plötzlich im Kerker und KZ oder als Asylsuchende im Ausland wiederfinden? Macht es keinen Unterschied, wenn statt parlamentarisch-liberalem Geschwätz, bei dem auch mal Nein gesagt werden darf, im Faschismus Ja! Jawoll! gesagt werden **muss**, wo statt partiell zugelassener Vielfalt offene

25 Nochmal zum Nachlesen, wie sich Spanidis im Unverständnis der Dialektik von Teil und Ganzem, vom Allgemeinen und Besonderen „sonnt“: „Wenn Dimitroff den Faschismus an der Macht als Herrschaft nur der reaktionärsten Fraktion des Finanzkapitals charakterisiert, weicht er von dieser Grunderkenntnis marxistischer Staatstheorie ab. Dass er an anderer Stelle des Referats schreibt ‚Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst‘ und ‚die Diktatur der Großbourgeoisie‘, zeigt allenfalls die Widersprüchlichkeit und Unausgegorenheit der Faschismusanalyse der Komintern, löst aber das Problem keineswegs. Denn nicht nur stehen die beiden Formulierungen im Widerspruch zueinander; auch die Beschränkung des faschistischen Staates auf die Macht des Finanzkapitals, also die miteinander verschmolzenen Monopole aus Industrie und Banken, ist fehlerhaft. Der Staat ist auch im Monopolkapitalismus niemals die ausschließliche Vertretung der Monopole, sondern beruht immer auf dem Gesamtprozess der Akkumulation des Kapitals.“ – Vielleicht liegt die „Unausgegorenheit“ doch eher bei Spanidis als bei Dimitroff und der KI?

Gleichschaltung herrscht, wo statt formaler Gleichheit und bürgerlichem Recht Ungleichheit und Willkür zum Gesetz erhoben sind? Wo offener, ungeschminkter Terror zur Staatsräson erklärt wird.

Spanidis fehlt der Blick für das Heranreifen der politischen Krise auf Grundlage der vertieften ökonomischen Krise. Die Entwicklung der politischen Krise, auf deren Bedeutung Lenin im „Linken Radikalismus“²⁶ hinweist und die die Basis bildet für Dimitroffs Überlegungen (s.o. veränderte Lage) verändert rasch und nicht nur quantitativ die Stellung der beherrschten Klassen und Schichten zu den Herrschenden – in revolutionärer, aber auch in konterrevolutionärer Richtung, wie wir spätestens seit den „Farbenrevolutionen“ aus unseren Tagen wissen.

Aus diesen Entwicklungen und neuen Erscheinungen in Deutschland hatte Maurice Thorez die Lehren gezogen, als er im Juni 1934 auf der Parteikonferenz von Ivry ausrief: *„In dem Wettrennen, das zwischen ‚uns‘ und dem ‚Faschismus‘ stattfindet, will die Bourgeoisie schneller sein. Und wenn es uns nicht gelingt, ‚mehr, noch mehr, stets mehr für die Einheitsfront‘ zu tun, wird der Faschismus die Arbeiterklasse besiegen können. Doch wir wollen nicht, dass der Faschismus durchkommt ... Um jeden Preis wollen wir die Aktion, um jeden Preis wollen wir die Einheitsfront.“*²⁷

Spanidis weiter: *„Im Gegenteil könnte man sogar argumentieren, dass der Nazifaschismus gewissermaßen die Bourgeoisie politisch unter einem gemeinsamen Banner einte und ihre inneren Widersprüche vorübergehend in den Hintergrund treten ließ. Die große Instabilität der Weimarer Republik, die sich in diversen Staatsstreichen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen ausdrückte, fand mit dem Faschismus jedenfalls ihr Ende.“* – So, ohne den Begriff des Wechsels der Herrschaftsform, unterschätzt Spanidis den Faschismus und attestiert dabei noch den Nazis die Herstellung einer inneren „Stabilität“! Statt den unauflösbaren Zusammenhang mit der Vorbereitung des Krieges herzustellen, der den Bürgerkrieg nur scheinbar überwindet, um die „Instabilität“, die Krise mit Hilfe des Krieges auf andere Völker und Nationen zu übertragen, abzuwälzen! Solche Unterschätzung zeichnet leider nicht nur Spanidis im Geist von Heinz Neumann aus: *„Als der Nationalsozialismus bereits zu einer drohenden Massenbewegung in Deutschland wurde, da erklärten Genossen, wie Heinz Neumann, für die die Brüningregierung bereits eine Regierung der faschistischen Diktatur war, in prahlerischer Weise: »Wenn das ›Dritte Reich‹ Hitlers einmal kommen sollte, dann nur anderthalb Meter unter der Erde, über der Erde aber werden wir eine siegreiche Arbeitermacht haben.«*“ (Dimitroff)²⁸

26 W.I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Werke Bd. 31, S. 71 f

27 H. Köller, B. Töpfer, Frankreich – ein historischer Abriss, Köln 1978, S. 567. Es lohnt sich mit der Auseinandersetzung in der französischen KP vor 1934 auseinanderzusetzen, um ihren Erfolg im antifaschistischen Kampf 1934 zu verstehen.

28 Der Intellektuelle Neumann war Kandidat des Politbüros und im Sekretariat des ZK der KPD und zeitweise Chefredakteur der „Roten Fahne“, Kandidat des EKKI-Präsidiums. Er war 1931/32 Wortführer einer fraktionellen Gruppe, die versuchte Thälmann von der Parteiführung zu verdrängen. Neumann leugnete die wachsende Gefahr des Faschismus, suchte die Massenarbeit der KPD insbesondere die Einheitsfront-

Worauf laufen die Ausführungen von Spanidis hinaus?

In einem Interview (in englischer Sprache – Übersetzung Corell) mit der KO vom 9. April 2019²⁹ wird deutlich angesprochen:

*„Das bedeutet auch, dass unser Ansatz für politische Bündnisse grundverschieden von dem anderer politischer Gruppen in Deutschland ist. Wir versuchen normalerweise, keine Bündnisse mit anderen Organisationen aufzubauen. In der Tat sehen wir dieses Verständnis des politischen Bündnisses als problematisch an. Die Vorstellung, dass die kommunistische Bewegung durch einfaches Addieren der Kräfte verschiedener Gruppen an Stärke gewinnen wird, ist völlig falsch. Wie oben erwähnt, sind wir nicht gegen die Einheit, ganz im Gegenteil. Aber Stärke beruht auf ideologischer Klarheit und einer korrekten Herangehensweise an die Massenarbeit. Wir sind auch gegen die Auffassung, dass Allianzen zwischen verschiedenen politischen Kräften auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner aufgebaut werden sollten. **Wir können zum Beispiel kein Bündnis mit der ‚Linkspartei‘ in Deutschland schließen, nur weil sie behaupten, gegen den Krieg zu sein.** (Hervorhg. Corell) Denn wenn wir ihre kleine Ablehnung aus nächster Nähe betrachten, unterstützen sie die imperialistische Europäische Union und lehnen es sogar ab, eine klare Position zur NATO einzunehmen. Dies würde uns daran hindern, ihre Rolle aufzudecken, da dies unser Bündnis mit ihnen gefährden würde. Deshalb widerspricht diese Politik der Aufgabe der Kommunisten, dem Volk die Wahrheit zu sagen.*

Um es zusammenzufassen, wir haben eine Politik der Bündnisse, aber es sind Bündnisse, die von den Werktätigen von unten, nicht von Führern politischer Parteien und Gruppen von oben aufgebaut werden. Wir konnten unseren Ansatz hier nur kurz skizzieren, aber diese Themen werden der Schwerpunkt unseres nächsten bundesweiten Kongresses im Juli sein.“

Keine Bündnisse mit der Sozialdemokratie, schon gar nicht mit der SPD und auch nicht mit der PDL, keine Bündnisse mit kleinbürgerlichen Organisationen – das ist bei der ganzen Kritik am 7. Weltkongress herausgekommen. Hier zeigt sich das Unverständnis von Spanidis über die Bedeutung des VII. Weltkongress für die Fragen von Bündnis und Einheit: Dimitroff weist im Abschnitt „Die Festigung der kommunistischen Parteien“ auf die Fortschritte hin, die die Parteien der KI seit 1928 gemacht hatten: *„Nach dem VI. Kongress ... wurde ein erfolgreicher Kampf gegen die Tendenz der opportunistischen Anpassung an die Verhältnisse der kapitalistischen Stabilisierung und gegen die Ansteckung mit reformistischen und legalistischen Illusionen geführt.“* Deshalb kann Dimitroff ausführen: *„Unsere Bereitschaft, zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen, verbinden wir und werden wir verbinden mit dem unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis des Kompromisses mit der Bourgeoisie und folglich auch gegen jedes Eindringen dieser Ideologie in unsere eigenen Reihen.“*

politik zu sabotieren und förderte Tendenzen des individuellen Terrors. Erst ab Mai 1932 wurde sein Einfluss zurückgedrängt (vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S. 346).

29 kommunistische.org/interview/interview-with-the-communist-organization-ko-germany/

Dimitroff zeigt umfassend, worum es geht:

„Der Faschismus konnte vor allem zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie³⁰, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung zu bringen und in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen.“

Das ist die Basis auf der wir heute agieren müssen. Aber Spanidis meint wohl, wir können heute die Massen ohne und gegen die Sozialdemokratie und ihren Einfluss in Betrieb und Gewerkschaft in Bewegung bringen? Wohlan!

R. Corell

³⁰ „Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie“ entspricht in etwa dem, was wir heute mit „Sozialpartnerschaft“ bezeichnen.



Mit Klarheit zur Einheit

Ein Beitrag zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland

Diese Broschüre der KAZ-Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“ zeigt die Entwicklung des deutschen Imperialismus in der BRD und seine wichtigsten Wendepunkte und entwickelt daraus die zentralen Fragen, vor denen heute die Arbeiterbewegung steht, sowie Vorschläge zu den Antworten.

Aus unserer Broschüre: Mit Klarheit zur Einheit! – Ein Beitrag zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland

Sozialdemokratie – Einheit und Widerspruch

„3. Wie in der historischen Entwicklung zu sehen, stellt sich als die schwierigste Frage heraus: Das Verhältnis zu **Arbeiteraristokratie-Sozialdemokratie-Sozialdemokratis-mus** zu bestimmen. Hier ist in jeder Aktion, bei jeder Publikation zu entscheiden, wo die Hauptseite in der richtigen Behandlung des Widerspruchs zur Sozialdemokratie liegt: Kampf **und/oder** Einheit, Teil der Arbeiterklasse **und/oder** soziale Hauptstütze der Monopolbourgeoisie; Wegbereiter des Faschismus **und/oder** selbst vom Faschismus bedroht, die Politik für den Imperialismus durchführen **und/oder** dadurch Rückhalt in der Arbeiterklasse verlieren. Kurz: die unvermeidliche Auseinandersetzung unter Revolutionären: Feind und/oder Bündnispartner etc.“

Deutlich ist zu machen, dass das Verhältnis zur Sozialdemokratie wesentlich abhängt von der Bestimmung der Entwicklungsrichtung des Klassenkampfes. Bei einer Entwicklung in Richtung Faschismus sind auch die sozialdemokratischen Führer potenzielle Bündnispartner (da sie selbst von den Maßnahmen der Faschisten bedroht werden). Bei einer verstärkten revolutionären Entwicklung sind die sozialdemokratischen Führer als ein Haupthindernis für die Revolutionierung der Massen zu bekämpfen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in unruhigen Zeiten ein Umschlag von der einen in die andere Richtung der Entwicklung rasch erfolgen kann.

Es ist stets zu beachten, dass wir es bei der Führung der deutschen Sozialdemokratie mit einer stabilen und erfahrenen konterrevolutionären Gruppierung zu tun haben, die fest mit dem besonders aggressiven (weil an der Veränderung des Status quo besonders

interessierten) deutschen Imperialismus verbunden ist, seit sie als Komplize der deutschen Bourgeoisie das Proletariat 1914 in den Krieg getrieben hat und als erste Sozialdemokratie erfolgreich die proletarische Revolution 1918 niederschlug. Diese Erfahrung bringt sie international ein: Portugal 1974, Nicaragua usw. Sie ist ferner nicht nur eine ideologische Kraft mit knapp 500.000 Mitgliedern; sie hält wichtige Positionen in staatlichen Organen, in Gewerkschaften, Sozialversicherungen, Wohlfahrtsverbänden etc.

4. Die Sozialdemokratie verdankt ihre Machtstellung in der Gesellschaft ihrem Einfluss in der Arbeiterklasse, den sie vor allem über die **Gewerkschaften** ausübt. Sie setzt dabei an der Tatsache an, dass ohne wissenschaftlichen Sozialismus die Arbeiterklasse nur zu einem Bewusstsein gelangt, das die Grenze des Kapitalismus nicht überschreitet und sich auf den Kampf um „gerechten Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk“ (Marx) beschränkt. Gemeinsam mit dem deutschen Kapital soll sich die Lage der Arbeiter verbessern. Statt internationale Solidarität steht in den realen Auseinandersetzungen der Sieg in der internationalen Konkurrenz im Vordergrund bis hin zum Streikbruch. In ihrer Sozialpartnersicht sind die deutschen Gewerkschaftsführer durch die Niederlage des Sozialismus in Europa noch bestärkt worden. Sie waren Komplizen bei der Einverleibung der DDR und des FDGB. Dafür hat die Arbeiterklasse erst einen Teil bezahlt: Sinkende Reallöhne, sinkende Lohnquote, Hartz I-IV, Leiharbeitssektor usw. Gar nicht zu reden von der Rechtfertigung deutscher Kriegsbeteiligung und dem faktischen Kriegseinsatz unter der sozial-grünen Schröder-Regierung. Im **Verhältnis zu den Gewerkschaften** haben Organisationen mit kommunistischem Anspruch unterschiedliche Einschätzungen: Die DGB-Gewerkschaften sind Kampforganisationen (DKP), die Gewerkschaften dienen dem deutschen Imperialismus und sind zu bekämpfen und durch revolutionäre Organisationen zu ersetzen (Roter Morgen, MG und heute noch Bolschewik Partizan/Trotz Alledem) oder die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen (KAZ, Arbeiterbund). Auch unsere in der letzten Zeit verwendete Losung: „Hinein in die Gewerkschaften! – Kein Frieden mit dem Kapital!“ weist in diese Richtung. Es ist die Richtung der Revolutionierung der bestehenden DGB-Gewerkschaften (gegen „RGO-Politik“³¹), ihre Nutzung als Schule des Klassenkampfes, die in scharfer Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen und linksopportunistischen Positionen geführt werden muss.

Das ist jedoch nur strategische Orientierung und zeigt die Größe der Aufgabe, an der sich letztlich alle zentralen Fragen entscheiden. In der Praxis sind wir damit fast bei Null.“

31 Darunter verstehen wir die sektiererische Politik, die an die Stelle des Kampfs in den DGB-Gewerkschaften (früher ADGB) die Gründung „roter Gewerkschaften“ zum Prinzip erhebt. Damit ist ausdrücklich nicht die notwendige Bildung von Opposition innerhalb der Gewerkschaften gegen bestimmte Gewerkschaftsführungen verurteilt.

Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationalen – ein Schwenk nach rechts? (2. Teil)

Ausgangspunkt unserer³² Auseinandersetzung war T. Spanidis' Beitrag „Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen. – Für eine kritische Neubewertung der antifaschistischen Politik der Komintern“. Zweck ist von unserer Seite, vor allem jungen Genossinnen und Genossen, die sich in der „Kommunistischen Organisation“ (KO) zusammengeschlossen haben, einen Gegenstandspunkt zu der Darstellung von Spanidis zu liefern, um ein Abgleiten in den linkssektiererischen Sumpf zu vermeiden.

Im 1. Teil wurden einige (vermutliche) Gemeinsamkeiten in der Kritik an der rechtsopportunistischen Bewertung des 7. Weltkongress herausgearbeitet unter Verweis auf unseren Beitrag „Der 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale und die antimonopolistische Strategie“ (KAZ 360 vom Sept. 2017). Nach einer komprimierten Darstellung der wirklichen Errungenschaften des 7. Weltkongress im Jahr 1935 zu Fragen des antifaschistischen Kampfs wurden die gravierenden Differenzen aufgezeigt:

- in der Dimitroffschen Definition des Faschismus
- bei der Bewertung der Fraktionen im Monopolkapital
- in der Staatstheorie: Staatsmonopolistischer Kapitalismus vs. „ideeller Gesamtkapitalist“
- bei der Beurteilung des Faschismus als Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie vs. bloß besonders brutale Variante des bürgerlichen Staats

Die kritisierten Ausführungen von T. Spanidis laufen darauf hinaus, die Einheitsfronttaktik, wie sie von Dimitroff vertreten wurde, abzulehnen mit der aktuellen Konsequenz jegliche Bündnisse mit sozialdemokratischen Parteien, darunter auch die Partei Die Linke, auszuschließen.

Unverständnis von „Strategie und Taktik“

Im Dunkeln lässt uns unser KO-Theoretiker in der Frage, ob auf dem 7. Weltkongress eine Änderung der Strategie oder nur der Taktik beschlossen wurde. Da hätte vielleicht ein Nachlesen bei Stalin geholfen, den wir zu diesem Zweck in KAZ 360 nochmals abgedruckt hatten. Hier nur der entscheidende Baustein aus Stalins „Grundlagen des Leninismus“:

„Unsere Revolution hat bereits zwei Etappen durchgemacht und ist nach dem Ok-

³² „Unser“ ist nicht als pluralis maiestatis zu verstehen, sondern als Hinweis, dass solche Artikel auch Ergebnis der Diskussion im Kollektiv (hier vor allem der Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“) sind.

toberumsturz in die dritte Etappe eingetreten. Dementsprechend änderte sich auch die Strategie. ... Dritte Etappe. Sie begann nach dem Oktoberumsturz. Ziel – Festigung der Diktatur des Proletariats in einem Lande, die zugleich als Stützpunkt zur Überwindung des Imperialismus in allen Ländern benutzt wird. Die Revolution geht über den Rahmen eines einzelnen Landes hinaus, die Epoche der Weltrevolution hat begonnen. Hauptkräfte der Revolution: die Diktatur des Proletariats in einem Lande, die revolutionäre Bewegung des Proletariats in allen Ländern. Hauptreserven: die halbproletarischen und kleinbäuerlichen Massen in den entwickelten Ländern, die Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern. Richtung des Hauptschlags: Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie, Isolierung der Parteien der II. Internationale, die die Hauptstütze der Politik der Verständigung mit dem Imperialismus bilden. Plan der Aufstellung der Kräfte: Bündnis der proletarischen Revolution mit der Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern.“

Was auf dem 7. Weltkongress verhandelt wurde, betrifft die Strategie insoweit: Änderung der Richtung des „**Hauptschlages**“ oder Hauptstoßes nicht mehr wie bei Stalin 1924 ausgeführt: „**Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie**, Isolierung der Parteien der II. Internationale³³, die die Hauptstütze der Politik der Verständigung mit dem Imperialismus bilden“ – also die durch die Sozialdemokratie vertretene Arbeiteraristokratie als „soziale Hauptstütze“ (wie bei Lenin schon angesprochen³⁴) der Monopolbourgeoisie. Geändert wurde also wie Pieck klarstellte: „in unserer strategischen Orientierung eine **Wendung in der Richtung des Hauptstoßes gegen die Faschisten**“ (Hervorhg. Corell) und die durch sie vertretenen Teile des Kleinbürgertums als der neuen sozialen Hauptstütze der Monopolbourgeoisie vornehmen. „Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie“

Außerdem wurde – wie es sich durch den ganzen Kongress zieht – die Frage der „**Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie**“ neu und richtig beantwortet.

Gegenüber den Rechtsopportunisten sei betont, dass an den anderen Punkten der Strategie, nämlich der Revolution mit dem Ziel der Diktatur des Proletariats nicht gerüttelt, sondern auf dem Kongress vielfach das Festhalten an diesen strategischen Festlegungen betont wurde.

Mit den strategischen Änderungen wurde dann die Taktik teilweise geändert. Die Einheitsfronttaktik, wie sie in den zwanziger Jahren zur „Isolierung“ der Sozialdemokratie genutzt wurde, d.h. Schwächung ihrer Parteien bis hin zu ihrer Auflösung, und als zen-

33 Damit sind die Parteien gemeint, die 1914 die Internationale mit ihrer Unterstützung des Kriegs verraten haben und nach dem Weltkrieg versuchten, den großen Namen der 1889 gegründeten 2. Internationale für ihre Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie einzuspannen.

34 s. z.B. Vorwort zu „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“: „Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der „Arbeiteraristokratie“, in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale (nicht militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus.“

trale Taktik eingesetzt wurde, um an die Revolution heranzukommen, erfuhr eine entsprechende Änderung: Jetzt stand – ohne die prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Sozialdemokratismus und den rechtssozialdemokratischen Führern aufzugeben – die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien (und der „kleinbürgerlichen Demokratie“) gegen den Faschismus und für die Verteidigung sogar der bürgerlichen Demokratie und ihrer demokratischen Rechte.

Wilhelm Pieck ergänzte diese Feststellung auf der Brüsseler Konferenz der KPD im Oktober 1935 wie folgt: *„Da wir selbst die faschistische Gefahr unterschätzten und sie der Arbeiterschaft nicht genügend signalisierten, im Gegenteil nach wie vor unseren Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie und gegen die bürgerliche Demokratie richteten, so konnte es nicht ausbleiben, dass wir nicht vermochten, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren“.*

Und um keine (rechten) Missverständnisse aufkommen zu lassen, antwortet Dimitroff auf sozialdemokratische Einwände: *„Mögen die Kommunisten die Demokratie anerkennen und für ihre Verteidigung eintreten, dann sind wir zur Einheitsfront bereit.“* Darauf erwidern wir: *wir sind Anhänger der Sowjetdemokratie, der Demokratie der Werktätigen, der konsequentesten Demokratie der Welt. Aber wir verteidigen in den kapitalistischen Ländern jeden Fußbreit der bürgerlich-demokratischen Freiheiten, die der Faschismus und die bürgerliche Reaktion angreifen, und werden es auch in Zukunft tun, weil das die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats verlangen.“*

Im seinem Schlusswort widmet Dimitroff ein ganzes Kapitel „Über die Stellung zur bürgerlichen Demokratie“ (a.a.O. S. 732 ff.)³⁵: *„Wir Kommunisten sind unerschütterliche Anhänger der Sowjetdemokratie. ... Diese Sowjetdemokratie setzt den Sieg der proletarischen Revolution, die Verwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, den Übergang der überwältigenden Mehrheit des Volkes auf den Weg des Sozialismus voraus. ... Doch heute müssen Millionen Werktätige, die unter den Verhältnissen des Kapitalismus leben, ihre Stellung zu **jenen Formen** festlegen, in die sich die Herrschaft der Bourgeoisie in den verschiedenen Ländern hüllt. Wir sind keine Anarchisten, und es ist uns durchaus nicht gleichgültig, welches politische Regime in einem gegebenen Land besteht: eine bürgerliche Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie, wenn auch mit äußerst geschmählerten demokratischen Rechten und Freiheiten, oder eine bürgerliche Diktatur in ihrer offenen faschistischen Form. Als Anhänger der Sowjetdemokratie **werden wir jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften verteidigen, die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähen Kampfe erobert hat, und werden entschlossen für ihre Erweiterung kämpfen.** ... (Hervorhg. Dimitroff)*

*Unsere Stellung zur bürgerlichen Demokratie bleibt nicht unter allen Verhältnissen gleich. ... Heute greift die faschistische Konterrevolution die bürgerliche Demokratie an und ist bestrebt ein Regime der barbarischsten Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen aufzurichten. **Gegenwärtig haben die werktätigen Massen in einer Reihe kapitalistischer Länder zu wählen nicht zwischen proletarischer Diktatur und***

³⁵ G. Dimitroff, Ausgewählte Werke Bd. 2, S. 644 ff.

bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus. ... (Hervorhg. Corell)

Der Fehler der Kommunisten in einer Reihe von Ländern und im besonderen in Deutschland bestand darin, dass sie die eingetretenen Veränderungen nicht berücksichtigten, sondern fortfuhren, jene Losungen zu wiederholen und auf jenen taktischen Positionen zu beharren, die vor einigen Jahren richtig waren, besonders in der Zeit, da der Kampf um die proletarische Diktatur aktuellen Charakter trug und als sich um das Banner der Weimarer Republik, wie das 1918 bis 1920 der Fall war, die ganze deutsche Konterrevolution scharte.“

Das ist kein Schwenk nach rechts, sondern Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die neue dramatische Entwicklung und ihr entsprechende Neuausrichtung.

Rechte und linke Fehler in Bündnissen

Worauf es unseres Erachtens ankommt:

Es kommt auf inhaltliche Klarheit an, bevor man sich einigen kann. Bewusste Einheit setzt Feststellung von Unterschieden voraus. Wenn es nicht unterschiedliche Auffassungen zu einem Sachverhalt gäbe, müsste man sich gar nicht erst einigen. Dann wäre man sich ja bereits einig – oder dumpf vereinigt. Einheit ist immer partiell und relativ und temporär. Das gilt zwischen Individuen und umso mehr innerhalb und zwischen Organisationen, Parteien, Klassen. Im Prozess der Einigung erkundet man die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten – das setzt eben auch Kenntnis der Differenzen voraus.

Wenn sich heute mit Bewegungen wie „Aufstehen“ oder „Unteilbar“ auseinandergesetzt wird, dann erscheint uns als das Wichtigste:

Trägt die jeweilige Bewegung zum Aufbau der Kommunistischen Partei bei bzw. wie kann sie zum Aufbau der Partei beitragen? Was müssen die Kommunisten dafür tun, damit eine Bewegung zum Aufbau der Partei beiträgt?

Das ist doch die nächste Etappe vor der die Arbeiterklasse, die Arbeiterbewegung in der BRD steht. Denn ohne Kommunistische Partei, die ihre Vorhutfunktion wirklich wahrnehmen kann, sind doch alle Diskussionen um Einheits- und Volksfront Sandkastenspiele. Konkrete Bündniskonstellationen wie bei Unteilbar oder Aufstehen bleiben unter sozialdemokratischer Führung mit verschiedenen Facetten zwar, aber im Kern orientiert auf Veränderungen im bestehenden System des Kapitalismus und Imperialismus.

Isoliert betrachtet haben solche Bewegungen die Aufgabe, das Gewicht der Sozialdemokratie in den Klassenauseinandersetzungen zu stärken, zu zeigen, dass sie noch Einfluss haben in der Arbeiterklasse und den demokratischen Teilen des Kleinbürgertums. Im größeren Zusammenhang des Klassenkampfes können diese Mobilisierungen dazu beitragen, das politische Klima, die öffentliche Stimmung zu verändern – gegen rechts, für fortschrittliche Veränderungen der Gesellschaft. Insofern wären Kommunisten

schlecht beraten, beiseite zu stehen und die Massen griesgrämig-murmelnd vorbeiziehen zu lassen: Eh‘ alles der bekannte reformistische Schrott. Diese linkssektiererische Variante reicht die Hand mit der rechtsopportunistischen, die bedingungslos mittappt in den Demonstrationen und Aktionen, sich so gesichtslos dem Reformismus unterordnet und hinter vorgehaltener Hand den alten Bernstein anruft: Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts!

Kommunisten haben heute an solchen Bewegungen, genauso wie an Wahlen, wo sogar die Bourgeoisie die Massen anspricht und mobilisiert, teilzunehmen, solche Bewegungen ggf. zu unterstützen und zu nutzen, um sie im gemeinsamen Interesse vor allem zu stärken durch Kritik ihrer Unzulänglichkeit.



240.000 KollegInnen folgten 2018 in Berlin dem Aufruf von #unteilbar. Rechts liegen lassen? Einwirken? Aber wie?

Beispiel „Unteilbar“

Nehmen wir ein Beispiel:

„Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“

Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.

Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen.“ (aus dem „Unteilbar“ Aufruf zur Demonstration am 13. Oktober 2018 in Berlin, an der etwa 250.000 teilnahmen)

Es ist gut und nicht schlecht, wenn den Rechten und Faschisten etwas entgegengesetzt wird. Aber was ist richtig, was ist falsch, was fehlt in diesem Aufruf? Damit haben sich die Kommunisten auseinanderzusetzen, nicht um zu kritteln, sondern um ihre eigenen Vorstellungen deutlich zu machen und um so einen Beitrag zu leisten, dass die Arbeiterklasse wieder Tritt fassen kann, um ihre Aufgaben zu erfüllen und ihr Ziele zu erreichen (wie sie nicht zuletzt im Kommunistischen Manifest formuliert wurden).

Was fehlt? Es fehlen die Verantwortlichen für das Aufkommen der Rechten und Faschisten. Es fehlt das Kapital, das zentrale gesellschaftliche Verhältnis, in dem die Masse unter dem Kommando des Profits für die Eigentümer der Produktionsmittel, für die Superreichen schuftet. Es fehlt, dass es sich um eine Offensive des Monopolkapitals handelt, und zwar seiner aggressivsten Teile, die vor Faschismus und Krieg nicht zurückschrecken, um ihre gesellschaftliche Stellung zu behaupten, vor der Arbeiterklasse und vor den kapitalistischen Konkurrenten.

Es fehlt die Feststellung, dass die Verarmungspolitik wie sie mit den Hartz-Gesetzen durch SPD- und Grünen-Führung installiert wurde, den übelsten Demagogen des faschistischen Lagers Aufwind gegeben hat, die vom Bankrott der Sozialpartnerschaftspolitik profitieren wollen, nicht um die Kapitalisten zu beseitigen, sondern um mit den deutschen Kapitalisten auf „Volksgemeinschaft“ zu machen – gegen deutsche Arbeiter und Gewerkschaften und den Rest der Welt.

Es fehlt die Perspektive des Kampfs, die ja mehr sein muss als Bewahrung oder Wiederherstellung der alten Verhältnisse, die doch genau zu dem geführt haben, wogegen wir gerade kämpfen, zum Aufstieg der Rechten und Faschisten.

Wir haben also abzuwägen, ob wir einen solchen Aufruf unterstützen sollen, weil die positive Seite das Übergewicht hat, ob wir ihn bekämpfen müssen, weil die negativen Aspekte überwiegen, oder ob wir die Aktion unterstützen und dabei erklären, was dabei gelernt werden kann. Letzteres schien bei der Demonstration am 13. Oktober 2018 angesagt. Das hätte vielleicht dazu geführt, dass bei Rednern wie DGB-Körzell³⁶ genauer hingehört worden wäre auf die Unzulänglichkeit seiner Empörung und Vorschläge.

Wir haben schließlich dabei zu berücksichtigen, dass die Massen (und wir auch) eigene Erfahrungen machen müssen, dass wir in der Aktion lernen werden.

R. Corell

³⁶ Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB klagte in seiner Rede viele Missstände und die Hetze der Rechten an und verteidigte dann die Migranten, um aber zu schließen: „Deshalb streiten wir als Gewerkschaften für eine solidarische Gesellschaft, in der Reichtum gerecht verteilt ist. Gute Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung in Stadt und auf dem Land, die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum und ein funktionierender ÖPNV müssen vom Staat gewährleistet sein. Dafür hat er Steuern einzunehmen bei denen, die es haben! Deshalb lassen wir nicht nach. Reichtum muss wieder stärker zum Gemeinwohl beitragen, denn Eigentum verpflichtet!“ Er schließt also und pfeift die süße Melodie von gerechter Verteilung und Eigentum verpflichtet, die die Verhältnisse nicht zum Tanzen bringt, sondern den Herrschenden im Land seit Jahrzehnten ein müdes Lächeln abringt.

„Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie.“ – Georgi Dimitroff

Stalin zum 7. Weltkongress der KI und zum Antisemitismus

Dok. 367

Chiffretelegramm von Molotov an Stalin über den Nürnberger Parteitag der NSDAP und die nationalsozialistische Hetze gegen die Sowjetunion – [Moskau], 15.9.1935

Nach Sotschi an Gen. Stalin.

Wir übermitteln Ihnen telegraphisch das Kommuniqué des Bulletins der TASS, das nicht für die Presse bestimmt ist, über den Ablauf des Kongresses der Nationalsozialisten. Heute haben wir die folgende Botschaft von Bessonov erhalten: „Heute hat sich einer Information aus London zufolge in den Berliner Pressekreisen das Gerücht verbreitet, dass die Deutschen am Vorabend eines Abbruchs der Beziehungen mit uns seien und dass dieser Bruch bereits entschieden sei. Im Zusammenhang mit den antisowjetischen Reden von Rosenberg und besonders von Goebbels fragen uns die Agenturen, wie wir zu reagieren gedenken. [...]“

[Im besagten Bulletin vom 13.9.1935 der TASS ging es um die Rede von Alfred Rosenberg]:

„[Rosenberg] stellt eine Identität zwischen Marxismus und Judentum her. Indem er eine lange Reihe von Zitaten aus dem Talmud und der Bibel heranzog, hat Rosenberg erklärt, dass der Bolschewismus, das letzte Wort des Judentums‘ sei. [...] Darüber hinaus hat Rosenberg an die Adresse der Führer der sowjetischen Regierung von unerhörter Unverschämtheit geprägte Erklärungen abgegeben und behauptet, dass diejenigen unter ihnen, die nicht Juden seien, nicht den Familien der europäischen Völker angehörten, sondern Kinder der Steppe, wie Lenin, die von den Juden, Kranken oder Halbverrückten angesteckt worden seien (an anderer Stelle qualifizierte Rosenberg Lenin als Kalzmücke).“

Dok. 368

Antwort Stalins an Molotov und Kaganovič zur Beurteilung des Nürnberger NSDAP - Parteitags – [Sotschi], 15.9.1935

An Kaganovič Molotov.

[...] Zu Deutschland und dem Kongress der Nationalsozialisten in Nürnberg, mein Rat: keinen hysterischen Lärm in unserer Presse veranstalten und im Allgemeinen nicht der Hysterie unserer Journalisten nachgeben. **Nürnberg ist die Antwort auf den Kongress der KI.** Die Hitleristen können nicht anders, als sich in Beleidigungen ergehen, wenn

man bedenkt, dass der Kongress der KI sie mit Unrat bedeckt und durch den Schlamm gezogen hat. Die Pravda soll sie kritisieren, aus Prinzip und politisch, aber ohne Beleidigungen. Die Pravda könnte sagen, dass Nürnberg die Erklärungen der KI bestätigt, wonach der Nationalsozialismus als die wildeste Form des Chauvinismus bezeichnet wird, und sagen, dass der Antisemitismus die tierische Form des Chauvinismus und des Menschenhasses darstellt, dass **der Antisemitismus vom Standpunkt der Geschichte der Kulturen aus betrachtet eine Rückkehr zum Kannibalismus darstellt**, dass der Nationalsozialismus in dieser Hinsicht nicht einmal originär ist, denn er kopiert unterwürfig die Organisatoren der russischen Pogrome aus der Zeit des Zaren Nikolaus II. und Rasputins. [...] (Hervorhbg. Corell)

15.9.1935. 12:25, Stalin.

Aus dem Werk von ausgemachten Antikommunisten: Bernhard H. Bayerlein, Hermann Weber, Gleb J. Albert (eds.), Deutschland, Russland, Komintern – Dokumente (1918-1943), S. 1130 ff. (leicht gekürzt) – id.b-ok.org/book/2612525/c9e537

VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale: Einsichten – Aussichten

In KAZ 360 hatten wir³⁷ in die Debatte um eine antimonopolistische Strategie mit einem Beitrag gegen rechte Verfälscher der Ergebnisse des VII. Weltkongresses eingegriffen. Auf linkssektiererische „Kritiker“, die behaupten, der VII. Weltkongress sei ein „Schwenk nach rechts“ in der internationalen Arbeiterbewegung gewesen, haben wir in KAZ 367 und 368 geantwortet. Nunmehr liegt eine Antwort des Genossen Spanidis dazu vor, auf die wir im Folgenden eingehen. Seine Ausführungen sind im Dezember 2019 unter dem Titel „Für eine Diskussion ohne „heilige Kühe“. – Eine Erwiderung auf Richard Corell zur Einschätzung des VII. Weltkongresses der Komintern“ erschienen.³⁸

Anmerkung zum Stil der Diskussion

Genosse Spanidis beklagt die Form meines Beitrags als „vor Wut schäumende Polemik gegen ein vermeintliches Linkssektierertum“. Ich kann versichern, dass vor dem Rechner sitzend und nach Diskussionen eines Texts mit meinen GenossInnen die Tendenz zum „Wutschäumen“ bei mir tendenziell gegen Null geht. Schärfe und Ironie braucht es allerdings, wenn – m.E. von oben herab, leichtfertig und bei mangelndem Studium der Angelegenheit – grundlegende Positionen aus unserer Geschichte revidiert werden. Es sollte keine Person getroffen werden, sondern die Sache durch Zuspitzung der Positionen geklärt werden. Sollte ich mich dennoch im Ton vergriffen haben, bitte ich um Verzeihung. Ich hatte schließlich übersehen, dass Spanidis keine fertige Arbeit vorlegen wollte, sondern, wie er jetzt betont, seinen Beitrag als „Aufschlag zur Diskussion“ verstanden wissen wollte.

Mich hat betroffen gemacht, dass mir Spanidis nunmehr verbohrtens Dogmatismus vorhält, der den VII. Weltkongress als „heilige Kuh“ behandelt. Gilt nicht von Marx/Descartes „*De omnibus dubitandum est*“ („An Allem ist zu zweifeln“) mit der Brechtschen Ergänzung, dass die Grenze des Zweifels in der Notwendigkeit zu handeln liegt? Gänzlich zurückweisen muss ich allerdings die Aussage: „*Jede Kritik, jede Infragestellung von Standpunkten, die jahrzehntelang in der kommunistischen Weltbewegung fest zum Kern der strategischen Ausrichtung und politischen Identität gehört haben, ist ein Sakrileg und darf nicht sein.*“ Aber vielleicht ist dem Gen. Spanidis meine gründliche Auseinandersetzung mit den rechtsopportunistischen „Standpunkten, wie sie jahrzehntelang in der kommunistischen Weltbewegung“ gang und gäbe waren und u.a. von Gen. Polikeit vertreten wurden, entgangen.

Nicht die erste Diskussion zu Faschismustheorien

Ich erlaube mir auch darauf hinzuweisen, dass dies nicht die erste Diskussion in der BRD zu Faschismustheorien ist. Ich erinnere mich noch, wie mir von Vertretern der

³⁷ Wenn von „wir“ gesprochen wird, dann handelt es sich um Vorlagen des Gen. Corell, die in der KAZ-Fraktion „Ausrichtung Kommunismus“ diskutiert und zur Veröffentlichung freigegeben wurden.

³⁸ Auf der Homepage der Kommunistischen Organisation (KO): kommunistische.org/wp-content/uploads/2019/12/Spanidis-Antwort-auf-Corell.pdf

DKP z.B. 1977 erklärt wurde, dass man doch angesichts der Stärke des sozialistischen Lager nicht mehr von einer faschistischen Gefahr sprechen könne und die Losung: Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg! nun wirklich obsolet sei. Dimitroff? Schnee von gestern! Von daher auch eine gewisse Allergie, wenn leichtfertig mit Dimitroff und dem VII. Weltkongress umgesprungen wird. Zum Studium gehört das gesamte Protokoll des Kongresses mit den großen Reden von Pieck, Dimitroff, Togliatti/Ercoli, Manuilski, den Diskussionsbeiträgen (etwa von Maurice Thorez), Dimitroffs Schlusswort, der Resolution u.a.. Dann muss man wenigstens nicht diskutieren, was auf dem VII. Weltkongress gesagt und an Festlegungen getroffen wurde. Und dann wird der geneigte Leser zur Auffassung kommen, dass der VII. Weltkongress damals kein Schwenk nach rechts war. Er wird zu dem Schluss kommen, dass hier der Marxismus-Leninismus konsequent auf die für die internationale Arbeiterbewegung neue Lage nach dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland, dem Land einer imperialistischen Großmacht mit der weltweit stärksten KP nach der KPdSU, angewandt wurde. Und anerkennen, dass durch die neu ausgerichtete Einheitsfronttaktik der faschistische Angriff in dem Land einer anderen imperialistischen Großmacht, in Frankreich, zurückgeschlagen wurde mit einer relativ kleinen KP, die genau in diesem Abwehrkampf gewaltig erstarkte. Der geneigte Leser, der sich dann auch noch mit den damaligen Faschismustheorien auseinandersetzt, mit denen von Trotzki³⁹, Thalheimer oder auch der des ehrenwerten Genossen Rajani Palme Dutt, kann feststellen, dass der VII. Weltkongress in seinen Aussagen zu Wesen, Formen und Funktion und zu den Kampfaufgaben der Arbeiterklasse und der Kommunisten Substantielles auf der Höhe der Zeit festgehalten hat. Substantielles, das für unseren heutigen Kampf eine bedenkenswerte Grundlage liefert – nicht mehr und nicht weniger.

Es ist der Eiche wurscht ...

Was alles aus Dimitroff und dem Kongress gemacht wurde, vor allem die Verdrehungen von Rechts (wie von Gen. Georg Polikeit in der Auseinandersetzung um eine antimonopolistische Strategie – s. KAZ 360) oder von Links (wie eben Gen. Thanasis Spanidis), dafür kann Dimitroff nichts; genausowenig wie Karl Marx oder das kleine Jesulein etwas dafür können, wenn sie für Zwecke eingespannt werden, auf die sie keinen Einfluss mehr haben. Natürlich hätten wir uns gewünscht, dass Dimitroff gründlicher auf Horthy in Ungarn oder auf Rumänien und andere Länder eingegangen wäre, mehr zu den Unterschieden in den halbkolonialen bzw. kolonialen Nationen gesagt hätte; mehr zu den Monopolgruppen, die in den imperialistischen Ländern den Faschismus stützen, direkter auf die Sozialfaschismus-These eingegangen wäre usw.. Letztlich verlangen solche Kritiker wie Spanidis, dass Dimitroff besser eine umfassende akademische Studie vorgelegt hätte, statt eine grandiose Rede zum Aufrütteln der internationalen Arbeiterbewegung für den Kampf gegen den mörderischen, kriegsträchtigen Faschismus zu

39 Trotzki hat im Übrigen den VII. Weltkongress kommentiert: „Er ist schon dadurch wichtig, dass er die opportunistische Wendung in Frankreich legalisiert und sogleich auf die gesamte übrige Menschheit ausdehnt.“ – „Wird sie von dem seichten «Realismus» des 7. Kongresses («Einheitsfront», «Massen», «Mittelklassen» usw.) sich angezogen fühlen, oder wird sie umgekehrt von seinem verspäteten und umso verderblicheren Opportunismus (Klassengemeinschaft unter der leeren Fahne des «Antifaschismus». Sozialpatriotismus unter dem Deckmantel der «Verteidigung der UdSSR» usw.) abgestoßen werden?“ – Man sieht, in welche Gesellschaft man geraten kann, wenn bei der Schlachtung von „heiligen Kühen“ nicht „fachgerecht“ vorgegangen wird.

halten. Palme Dutt liegt von dieser Sicht her dem Kritiker natürlich besser. Doch bleibt unverständlich, weshalb Spanidis auf ihn verweist. Dort wo Dutt fehlzuinterpretieren ist, nämlich in der These, dass letztlich die ganze imperialistische Entwicklung auf den Faschismus zusteuert, und deshalb der Faschismus unvermeidlich sei, wird er von Dimitroff implizit widerlegt. Dort wo Dutt richtig liegt und mit Dimitroff übereinstimmt, nämlich in der Befürwortung einer Einheitsfronttaktik von Unten und von Oben, steht er gerade diametral entgegen den Vorstellungen von Spanidis.⁴⁰

Nochmal zu: Faschismus als andere „Staatsform“

Erfreulich ist, dass Genosse Spanidis in der Staatsfrage nicht mehr den ideellen Gesamtkapitalisten im Zusammenhang mit dem Faschismus bemuhrt, sondern nun auch von staatsmonopolistischem Kapitalismus spricht. Erfreulich ist auch, dass er nun qualitative Unterschiede zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie einräumt. Nur den Dimitroffschen Hinweis auf den Faschismus als andere **Staatsform** sollte er nochmals überdenken:

*„Der Machtantritt des Faschismus ist keine **einfache Ersetzung** der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine **Ablösung** der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler, der das revolutionäre Proletariat daran hindern würde, die breitesten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Gefahr einer Ergreifung der Macht durch die Faschisten zu mobilisieren sowie die Gegensätze auszunutzen, die im Lager der Bourgeoisie selbst vorhanden sind. Doch ein nicht minder ernster und gefährlicher Fehler ist die Unterschätzung der Bedeutung, **die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben, jene Maßnahmen, die die demokratischen Freiheiten der Werktätigen unterdrücken, die Rechte des Parlaments fälschen und beschneiden, die Unterdruckungsmanahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärfen.**“
(Hervorhebungen Dimitroff)*

Immer also Klassenherrschaft der Bourgeoisie, die von der Monopolbourgeoisie/ Finanzoligarchie geführt wird. In diesem Teil der Bourgeoisie haben die aggressivsten Kräfte das Übergewicht gewonnen und betreiben die Machtübergabe an die

⁴⁰ „Auf der anderen Seite haben die Beispiele Deutschlands und Österreichs zu einem weitreichenden Erwachen der Arbeiterklasse und der allgemeinen Volksopposition gegen den Faschismus in allen Ländern geführt; und dies hat zu einem raschen Vordringen der Einheitsfront der Arbeiterklasse und insbesondere der Einheitsfront der Sozialistischen und Kommunistischen Partei gegen die faschistische und Kriegsdrohung in einer Reihe von führenden Ländern geführt. Diese sich verbreiternde Entwicklung der Einheitsfront der Arbeiterklasse ist die wichtigste und hoffnungsvollste Entwicklung im Jahr 1934. Bei diesem Vorstoß hat die französische Arbeiterklasse die Führung übernommen. Der Einheitsfrontpakt der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Frankreichs wurde schließlich am 27. Juli 1934 unterzeichnet; und der mächtige Einfluss dieser gemeinsamen Front stimuliert und mobilisiert die gesamte Arbeiterklasse, verbreitet Vertrauen und Kampfgeist und war der entscheidende Faktor für die Verzögerung der geplanten raschen Offensive des Faschismus in Frankreich im Jahre 1934.“ (R. Palme Dutt, Faschismus und soziale Revolution, Vorwort zur zweiten Ausgabe, 1934 – eigene Übersetzung – www.marxists.org/archive/dutt/index.htm)

Faschisten. Unter Staatsformen bürgerlicher Klassenherrschaft nennt z.B. das „Kleine Politische Wörterbuch“ (DDR – auch keine „Heilige Kuh“, aber doch lesenswert) u.a. Monarchie, parlamentarische Republik, faschistischer Staat. Das ist insofern wichtig, als bei einer Veränderung der Staatsform, sich nicht unbedingt der Inhalt des Staats (also Diktatur der Bourgeoisie) ändern muss, wohl aber durch Machtverschiebungen innerhalb der herrschenden Klasse und Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sich die Form ändert. Eine Änderung der Form erfordert also eine tiefgehende Änderung in den zugrundeliegenden Klassenverhältnissen, die allmählich vor sich gehen (quantitative Änderungen) bis zu einem qualitativen Sprung hin zur Staatsform der bürgerlich-faschistischen Republik. Ist diese einmal etabliert, gehen wieder schrittweise (quantitative) Veränderungen vor sich (z.B. verlorene Schlachten im 2. Weltkrieg) die den Weg markieren, der von der bürgerlich-**faschistischen** Republik zurück zur bürgerlich-**demokratischen** Republik⁴¹ (qualitativer Sprung) gehen oder mit verschiedenen Übergangsformen (z.B. der Einheitsfrontregierung) an die sozialistische Revolution heranführen kann. Deren Ziel ist die Errichtung der proletarischen Klassenherrschaft, die einen qualitativen Sprung sowohl im Inhalt des Staats (Diktatur des Proletariats) **als auch** in der Form des Staats bedeutet: Räte- (Sowjet-) Republik, also proletarisch-demokratische oder der volks- oder neudemokratischen Republik, jedenfalls nach unseren bisherigen Erfahrungen.

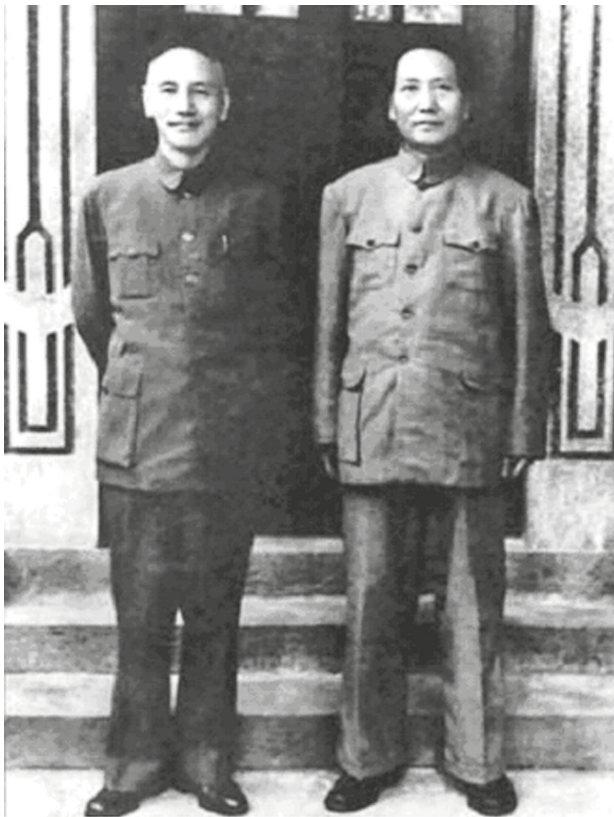
Zur Dialektik von Bourgeoisie, Monopolbourgeoisie und den aggressivsten Elementen

Aber was soll man dazu sagen? Genosse Spanidis: *„Seine Bestimmung des Faschismus als ‚offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals‘ stellt zwar einerseits richtigerweise heraus, dass nicht die gesamte Bourgeoisie die Machtübergabe an den Faschismus aktiv unterstützt hat und danach auch nicht alle Gruppen des Kapitals im gleichen Maße mit dem faschistischen Staat verwoben waren. Auf der anderen Seite legt diese Definition aber auch nahe, es wäre möglich, dass der faschistische Staat ausschließlich die Herrschaft einer begrenzten Gruppe des Finanzkapitals repräsentieren würde. Das würde bedeuten, dass die sonstigen Monopole und sowieso die nichtmonopolistische Bourgeoisie in keiner Weise an der Herrschaft beteiligt wären; dass ihre Interessen in keiner Weise in der staatlichen Politik zum Ausdruck kämen; dass die staatlichen Institutionen diesen Fraktionen des Kapitals in keiner Weise zur Organisierung ihrer Herrschaft, zur Formulierung und Durchsetzung ihrer Strategie gedient hätten. Teile des Kapitals würden demnach zu den Beherrschten gehören, denn in einer antagonistischen Klassengesellschaft gibt es nur herrschende und beherrschte Klassen. War das im Faschismus der Fall? Das denke ich nicht.“*

– Es möge mir nicht als kleinlich oder buchstabengläubig ausgelegt werden, aber Spanidis hätte nur ein paar Zeilen bevor Dimitroff den Faschismus an der Macht charakterisiert, lesen können: *„Unter den Verhältnissen der hereingebrochenen überaus tiefen Wirtschaftskrise, der heftigen Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Revolutionierung der werktätigen Massen ist der Faschismus zum breiten Angriff übergegangen. Die herrschende Bourgeoisie sucht immer mehr ihre Rettung im*

41 Oder zurück zur bürgerlich-konstitutionellen Monarchie wie es bei der Volksabstimmung 1946 in Italien beinahe geschehen wäre.

Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg, um den Überfall auf die Sowjetunion, die Versklavung und Aufteilung Chinas vorzubereiten und durch alle diese Maßnahmen die Revolution zu verhindern.“ – Hervorhebung Corell). Man muss leider feststellen, dass Dimitroff besser ist als manche seiner leider lesefaulen Kritiker vermuten und besser als seine falschen Freunde, die aus der Dimitroff-Rede geschlossen haben, dass bürgerliche, oder nicht-monopolistische oder Mittelklasse-Gegner des Faschismus Freunde der Arbeiterklasse geworden seien, weil sie immer noch der Mär aufsitzen, dass der Feind meines Feindes auch gleich mein Freund sein müsse. Ein bisschen dialektisches Denken kann in solchen Fragen nicht schaden.



Die antiimperialistische Einheitsfront gegen den Überfall und die blutige Besetzung durch den japanischen Imperialismus wurde sogar mit dem seit 1926 als Verräter und antikommunistischer Schlächter bekannten Chiang Kai-shek, geschlossen. Nicht Rache und das Verhältnis zu einzelnen Personen diktierte das Handeln der KP China, sondern die scharfe Analyse, wer der Hauptfeind in der jeweiligen Etappe der Entwicklung ist. Und wann welche Klassenkräfte ein gemeinsames objektives Interesse haben, gegen den jeweils wechselnden Hauptfeind zu kämpfen. Hier Mao Tse-tung und Tschiang im August 1945 bei der Zusammenkunft in Chongqing anlässlich des Sieges über Japan.

Der Feind meines Feindes ...

Wie sehr das von politischer Relevanz ist dazu nur ein Beispiel: Die KP China etwa hat sich mehr als 30 Jahre mit dem Führer der Kuomintang Tschiang Kai-shek (seit den frühen 1920er Jahren bis 1949 und danach) herumschlagen müssen. In diesem Kampf ging es immer um die potentiellen Bündnispartner im antiimperialistischen Befreiungskampf, nämlich die Bauernschaft, das städtische Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie. Das ging sogar soweit, dass die KP China (nicht zuletzt die Lehren des VII. Weltkongresses in Anwendung gebracht) – diesem Massenschlächter von Kommunisten – 1937 das Leben gerettet hat – vor seinen eigenen Leuten, die ihn hinrichten wollten (die berühmten „Ereignisse von Xian“). Das war die Voraussetzung, um den Widerstand der antiimperialistischen Volksfront gegen die japanischen Invasoren auf-

zurichten, zu festigen und auszuweiten. Die Kommunisten vergaßen aber nicht, dass Tschiang nicht nur Bündnispartner, sondern auch den Feind, den Imperialismus und seine Kompradorenbourgeoisie, repräsentierte. Sie jagten ihn – im Übrigen gegen den Rat der KPdSU-Führung – im Bürgerkrieg von 1945-49 davon. Das hat immerhin zur volksdemokratischen Revolution und schließlich zum Aufbau des Sozialismus im bevölkerungsreichsten Land der Welt geführt. Gestern Feind, heute Bündnispartner, morgen wieder Feind – damit haben wir zu rechnen.

Aber Spanidis zweifelt ja generell an Erfolgen, die der vom VII. Weltkongress eingeschlagene Kurs gebracht haben soll. Neben dem gerade genannten chinesischen Beispiel seien, Vietnam und die Demokratische Republik Korea genannt; in Kuba musste Fidel Castro die alte Kommunistische Partei erst vom revolutionären Gehalt der Einheitsfronttaktik überzeugen. Die Erfolge bei der Errichtung der Volksdemokratien in Europa von Bulgarien bis Albanien wären ohne Anwendung der Einheitsfronttaktik während und nach dem Krieg nicht möglich gewesen. Und die Bildung der Volksfront in Frankreich und Spanien hat den Angriff auf die Sowjetunion verzögert; der VII. Weltkongress steht Pate beim Aufbau der Résistance in Frankreich und der Resistenza in Italien, des Nationalkomitees Freies Deutschland und der Gründung der SED (wie Gen. Spanidis zugeben muss) usw. Die These, dass Erfolge verspielt wurden auch unter Berufung auf den VII. Weltkongress, bedarf einer genaueren Untersuchung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die schlimmsten Abweichungen vom revolutionären Kurs immer unter Berufung auf unsere großen Revolutionäre erfolgt sind, garniert mit „schöpferische Anwendung“ auf „neue Verhältnisse“.

Und die „Faschisierung“

Nochmal zur „Faschisierung“. Wenn der Begriff verwendet wird, um das zu bezeichnen, was Dimitroff oben angeführt hat: Verschärfung der reaktionären Maßnahmen wie Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten der Werktätigen, Fälschung und Beschneidung des Parlaments, Verstärkung der Repression gegen die revolutionäre Bewegung, dann mag das angehen. Wenn aber damit eine schleichende Entwicklung suggeriert wird, die unterschiedliche viertel-, halbfaschistische Phasen unterstellt, endend in einem Zustand, wo man aufwacht und feststellt. Jetzt ist Faschismus! Dann wird es krumm. Es ist ja gerade Aufgabe der Kommunistischen Partei zu entscheiden, ob im Monopol-/Finanzkapital (und nicht einfach bei irgendwelchen Wahlen, Anschlägen etc.) eine Wende zum Faschismus stattfindet. Da können Fehler (mit scherviegenden Folgen) gemacht werden, aber um die Bewältigung der Aufgabe kommt die KP nicht herum, schon um ggf. den Weg in die Illegalität vorzubereiten. Das ist etwas anderes als die Beliebigkeit von Faschisierung und Entfaschisierung (die man ja dann auch mitdenken müsste), die Gen. Spanidis andeutet: „*Es handelt sich, wie schon gesagt, um Varianten (!) der bürgerlichen Herrschaft, die wechselseitig ineinander übergehen können.*“ Es geht auch hier nichts ohne Sprung von Quantität in Qualität, und der Faschismus ist eine neue Qualität bürgerlicher Klassenherrschaft.

Und es ist auch etwas anderes als eine „rasiermesserscharfe“ Trennung von bürgerlicher Demokratie und Faschismus. Genausowenig gab es rasiermesserscharfe Trennung von Feudalismus und Kapitalismus. Und wir wissen grade aus Deutschland, wie lange die



Am 14. Juli 1945 schlossen die vier in der Sowjetischen Besatzungszone zugelassenen Parteien KPD, SPD, LDP und CDU die Einheitsfront der antifaschistischen Parteien. Am 21./22. April 1946 konnte der Zusammenschluss der KPD und der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vollzogen werden. Die Einheit Deutschlands wurde 1949 durch den wiederentstehenden deutschen Imperialismus mit Unterstützung der Westmächte und ihrer Marionette Adenauer sabotiert. („Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“)

Bourgeoisie den Ballast von Adel und Prälaten mitgeschleppt und wie lange andererseits auch das Proletariat noch die Muttermale der alten Gesellschaft samt ihren Spießbürgern mit sich zu tragen hat.

Die bürgerliche Demokratie hat als Klassenherrschaft der Bourgeoisie die Ausbeutung als Kern der Sache mit allen Mitteln zu fördern und zu schützen. Mit allen Mitteln heißt: vor keinem Verbrechen zurückscheuen. Deswegen braucht es auch nicht erst den Faschismus, um die Überlebtheit der Bourgeoisie festzustellen, die Notwendigkeit, sie lieber heute als morgen abzuschaffen. Vor der Gefahr als Bourgeoisie abgeschafft zu werden, dazu braucht sie den Faschismus gegen die eigene Bevölkerung, vor der Gefahr als deutsche Bourgeoisie von den anderen imperialistischen Großmächten abgeschafft bzw. kleingemacht zu werden, dazu braucht sie den Krieg und den Faschismus; jedenfalls nach derzeitiger Lage. In diesem Sinn müssen wir im antifaschistischen Kampf auch die Bourgeoisie vor sich selbst schützen, vor ihrem Weg in die Katastrophe, in denen Teile der Bourgeoisie sich und die ganze Nation, die Gesellschaft, ja die Menschheit zu stürzen droht. Wir verteidigen dabei die bürgerliche Demokratie doch nicht, um sie zu festigen und zu stärken, sondern um sie zu überwinden durch die proletarische Demokratie, nicht wahr? Und wir wissen genau, wenn wir den Faschismus nicht aufhalten können, wenn wir diese Niederlage erleiden würden, die Aussichten für die proletarische Revolution sich nicht verbessern, sondern verschlechtern. Wir wissen mit Lenin⁴², dass die demokratische Republik der beste Boden, die „beste Staatsform“ für die Vorbereitung der proletarischen Revolution ist. In der (bürgerlich-) demokrati-

⁴² „Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, dass auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Ferner. Jedweder Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“ gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein jeder Staat unfrei und kein Volksstaat. Marx und Engels haben das

schen Republik wird deutlich, dass das Elend nicht von mangelnden Rechten und mangelnder Gerechtigkeit kommt, sondern vom Kapitalverhältnis. Gegen den Faschismus muss erst wieder die Freiheit erkämpft werden, überhaupt zu Kapital und Ausbeutung offen sprechen zu können geschweige denn offen zu kämpfen.

Deswegen gilt als grobe Orientierung: Gegen den faschistischen Angriff die bürgerliche Demokratie verteidigen, für die proletarische Revolution bürgerliche Demokratie angreifen und überwinden!

Ohne Sozialdemokratie wird alles besser?

Froh bin ich, dass Genosse Spanidis unsere Differenzen in der Bündnisfrage aufgreift. Er schreibt:

– „Indirekt kann man aus einem Dimitroff-Zitat herauslesen, dass er wohl meint, dass die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Parteien in keinem Widerspruch dazu stehe, einen ‚unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis des Kompromisses mit der Bourgeoisie‘ zu führen.

– Ebenso kann man herauslesen, dass er wohl der Ansicht ist, die Sozialdemokratie wäre im Betrieb und den Gewerkschaften so stark, dass man die Massen nicht gegen sie in Bewegung bringen könne.“

Letzteres hat Dimitroff allerdings nie gesagt oder gemeint. Er wusste noch, dass spontane Bewegung zum Widerstand gegen das Kapital unabhängig von Willen selbst der besten Parteien entsteht. Der Kampf geht darum, ob der Widerstand unter sozialdemokratischen, und damit bürgerlichen, oder kommunistischen, und damit proletarischen, Einfluss kommt. Und Widerstand, ohne dabei um gewerkschaftliche Unterstützung gekämpft zu haben, ist eine Kampftechnik, die genau überlegt sein will. Aber die Diskussion um die historisch als RGO-Politik bezeichnete Kampftechnik soll hier nicht eröffnet werden.

Hat Spanidis noch in keinem Betrieb gestanden, wo wir uns mit den sozialdemokratischen Kollegen fetzen, dass die Schwarte kracht zu den Schandtaten der Regierungs-SPDler, aber zusammenstehen, wenn das Kapital angreift. Er könnte als Kommunist auch wissen, dass die Einheitsfront kein Händchenhalten ist, sondern eine wichtige Form, die Massen in den Kampf zu ziehen und sie anhand von eigenen Erfahrungen zu überzeugen, wo Freund und Feind steht. Dazu reicht Aufklärung und Entlarvung allein nicht aus. Und man mache sich keine Illusionen: Die Abstrafung der SPD bei Wahlen oder der Rückgang der Mitgliedszahlen (immerhin noch 420000) spiegelt den Einfluss nicht wider. In den Ländern, den Kommunen, im Staatsapparat insgesamt inklusive

ihren Parteigenossen in den siebziger Jahren wiederholt auseinandergesetzt.“ (W.I. Lenin; Staat und Revolution, LW 25, S. 410) oder noch eine heilige Kuh zum Schlachten: „Die Marxisten aber wissen, dass die Demokratie die Klassenunterdrückung nicht beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter, offener, schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. ... Je demokratischer die Staatsordnung, umso klarer ist es den Arbeitern, dass die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit.“ (Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘, LW Bd. 23, S. 68)

Polizei und Militär, und im ganzen Sozialbereich von AWO bis Rentenversicherung, in den Gewerkschaften usw. sitzen hunderttausende KollegInnen, die der SPD verpflichtet und mit tausend Fäden mit ihr verbunden sind und was gravierend ist, trade-unionistisch denken⁴³. Darauf gründet der Einfluss, dass die SPD sich darstellen kann als die Partei, die – scheinbar – beim „Markten um den Preis der Arbeitskraft“, beim Verhandeln mit dem Kapital, mit der Sozialpartnerschaft, die relativ besten Ergebnisse für die Arbeiter und anderen Lohnabhängigen herausholt. Die SPD repräsentiert die Arbeiteraristokratie, die vermittels der Gewerkschaften weite Teile der Arbeiterklasse beeinflusst und das, was in der Klasse ohnehin und unvermeidlich an trade-unionistischem Bewusstsein vorhanden ist versucht zu zementieren, objektiv zum Erhalt der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Wenn dieser Einfluss bei Zuspitzung der Krise schwindet, (s. Thälmanns Widerspruch der Sozialdemokratie) und die Kollegen anderweitig nach Auswegen suchen, glaubt Gen. Spanidis dann, dass sie auf uns gewartet haben, wenn wir vorher nicht zusammen mit ihnen gekämpft haben, wenn sie in den Kämpfen gemeinsam mit uns nicht gelernt haben, dass die sozialdemokratischen Führer sie unter Joch statt zu Erfolg und Sieg führen. Man schaue sich doch die großen Massenaktionen mit hunderttausenden Teilnehmern an. Etwa 2004 als auf einmal über 200.000 in Berlin gegen die Hartz-Gesetze protestierten, die Proteste gegen TTIP oder jüngst die #-Unenteilbar-Aktionen, alle sozialdemokratisch beeinflusst, haben uns doch überrollt. Aber Gen. Spanidis meint wohl, dass es besser ist, das zu ignorieren, bevor wir nicht selbst eine Massenbewegung aus dem Hut gezaubert haben, die unseren blitzsauberen Vorstellungen vom revolutionären Kampf entspricht. Da erscheint uns der Kampf um die Aktionseinheit, um die Einheitsfront, die den Kampf auf eine höhere Stufe hebt, doch unverzichtbar und der richtige Weg. Zur Aktionseinheit braucht es allerdings eine Kommunistische Partei mit klarem Profil und keine Spaltung in die selbstzufriedene Isolation.

R. Corell

⁴³ Lenin hat schon darauf hingewiesen, dass die Arbeiter spontan nur zu trade-unionistischem Denken gelangen und der Kampf um den Sozialismus von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muss.

Aus: Lob des Zweifels von Bertolt Brecht

Gelobt sei der Zweifel! Ich rate euch, begrüßt mir

Heiter und mit Achtung den

Der euer Wort wie einen schlechten Pfennig prüft!

Ich wollte, ihr wäret weise und gäbt

Euer Wort nicht allzu zuversichtlich.

...

Freilich, wenn ihr den Zweifel lobt

So lobt nicht

Das Zweifeln, das ein Verzweifeln ist!

Was hilft Zweifeln können dem

Der nicht sich entschließen kann!

Herausgeber und Verlag:

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung,
Fraktion Ausrichtung Kommunismus,
Eigendruck im Selbstverlag
Anschrift:
KAZ-Redaktion
Reichstraße 8
90408 Nürnberg

Vi.S.d.P.:
E. Wehling-Pangerl, Reichstr. 8, 90408 Nürnberg

Probeexemplar der KAZ bestellen:

Tel: 0911 - 356 913
Fax: 0911 - 356 913

email: gruppeKAZ@aol.com
Internet: www.kaz-online.de

Eigentumsvorbehalt

Diese Broschüre bleibt Eigentum des Versenders,
bis sie dem Adressaten ausgehändigt worden ist.

